

Die „Volkswacht“
erschint wöchentlich 4 Mal
und ist durch die
Gebühren, Neue Straßburg, 1/4,
und durch Kopiergebühren zu beschaffen.
Preis Vierteljährlich M. 2.50,
des Monats 80 Pf.
Durch die Post bezogen M. 3.50,
frei ins Haus M. 2.92,
wo keine Post am Orte, M. 3.54.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verantwortlicher
Redakteur für die redaktionelle
Verantwortung über deren Namen
Dr. W. W. W.
für den Verlagsort, Schlesien, und
Verantwortlicher Redakteur
18. Jahrgang
Königsberg, den 20. Dez. 1907.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis zum 10. Dez. in den
Verlag abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 297.

Freitag, den 20. Dezember 1907.

18. Jahrgang.

Kirchenfürst und Wissenschaft.

Der Versuch der römischen Kirche, die Universität unter ihre Botmäßigkeit zu bekommen, hat in Württemberg zu einer empfindlichen Niederlage der ultramontanen Herrschaft geführt. Am Sonnabend publizierte der württembergische „Staatsanzeiger“ die Entscheidung zu einem Streitfall Keppler-Günter. Man muß sagen, an Deutlichkeit und Entschiedenheit läßt die Antwort, die das Ministerium dem Nottener Bischof Dr. Keppler erteilt, nicht zu wünschen übrig. Aber auch der Fühler Professor Dr. Günter, der seine Lehrtätigkeit so willig den Bischofswünschen anpaßt, muß sich eine Kopfweiche gefallen lassen, die angesichts der neudeutschen Professoren-Schmiegsamkeit wahrhaft erschreckend wirkt.

Der Tübinger Professor Dr. Günter gehört der philosophischen (nicht der theologischen) Fakultät der Tübinger Universität an. Er bekleidet die außerordentliche Professur für Geschichte, die herkömmlicherweise mit Rücksicht auf die Studierenden der katholischen Theologie mit einem Gelehrten katholischer Konfession besetzt wird. Neben seinen größeren Vorlesungen hatte Dr. Günter schon als Privatdozent im Wintersemester 1901/02 und im Sommersemester 1902 ein einständiges Kolleg über „Mittelalterliche Heiligenlegenden“ gelesen, und diese Vorlesungen bis 1906 fortgesetzt. Im Mai 1906 veröffentlichte Dr. Günter sein Buch „Legendenstudien“, dessen Inhalt die ultramontane Kreise sehr aufregte, obgleich es so harmlos wie möglich ist. Der Bischof Dr. Keppler gab dem Professor einen zarten Wink, von der Behandlung dieses Gegenstandes abzusehen, „bis sich die Erregung gelegt habe“. Professor Günter folgte diesem Wink ohne zu mucken.

Anfangs des Wintersemesters 1907/08 glaubte Professor Günter, die „Erregung“ habe sich genügend „gelegt“. Er kündigte also an, daß er seine einkündigten Vorlesungen über „Heiligenlegenden“ fortsetzen werde. Damit kam er aber beim Bischof böse an. Der Bischof ließ den Professor durch den Direktor des katholisch-theologischen Komitees Dr. Neß „ersuchen“, die angekündigte Vorlesung fallen zu lassen. In der „freundschaftlichen Unterredung“ des Direktors und des Professors ließ Dr. Neß die Bemerkung fallen, falls Günter sich den „Wünschen“ des Bischofs nicht füge, könne er, der Direktor, in die Lage kommen, den Konvikto den Besuch der Vorlesungen Günters zu verbieten.

Die Folge der Unterredung war, daß Professor Günter sich widerspruchslos fügte. Er wagte nicht einmal der philosophischen Fakultät oder dem Senat Anzeig von dem Vorgehen des Bischofs zu machen. Es veranlaßt Professor Günter habe sein Debüt als kirchlicher Diakryer damit zu entschuldigen versucht, daß er bezweifelt habe, bei einem Konflikt mit dem Bischof bei seinen Kollegen Unterstützung zu finden. Herr Professor Günter muß demnach,

was die Rückratsstärke, Ueberzeugungsstärke und Kollegialität der deutschen Professorenschaft anbelangt, seltsame Erfahrungen gemacht haben.

Das württembergische Kultusministerium stellt nun in seiner Entscheidung fest, daß der Fall Günter mit der letzten päpstlichen Enzyklika gegen den Modernismus insofern in keinem Zusammenhang steht, als er sich vor dem Erlass der Enzyklika, nämlich am 1. August d. J. abspielte. Das Ministerium teilt ferner mit, daß, als die Geschichte ruchbar wurde, die philosophische Fakultät beim Senat sich beschwerte über das Vorgehen der kirchlichen Behörde. Bei der Erstattung des eingeforderten Berichts an die Regierung hat der Senat sich die Beschwerde der philosophischen Fakultät nicht nur zu eigen gemacht, sondern auch ein amtliches Einschreiten gegen den Professor Günter gefordert. Das Ministerium hat nun dem Professor Günter eröffnen lassen, es sei aufgefallen, daß er auf den vom Bischof gegebenen Rat und auf die Drohung des Konviktsdirektors sofort auf die Abhaltung der Vorlesung verzichtet habe, obwohl er als Mitglied der philosophischen Fakultät hinsichtlich der Ausübung seiner Lehrtätigkeit vom Bischof unabhängig sei. Jedenfalls wäre Dr. Günter verpflichtet gewesen, von der Nichtabhaltung einer zuvor angekündigten Vorlesung der zuständigen amtlichen Stelle Anzeige zu erstatten.

Dr. Günter habe durch sein nicht zu billiges Verhalten den staatlichen Behörden von vornherein die Möglichkeit genommen, ihn gegen das von ihm selbst als Eingriff in seine Lehrtätigkeit empfundene Vorgehen der kirchlichen Behörden zu schützen.

Diese scharfe Zurechtweisung des furchtsamen Professors gewinnt dadurch noch an Bedeutung, als sie sich in der Hauptsache, wenn auch indirekt, gegen den Bischof selber wendet.

Dem Konviktsdirektor Neß, dem Werkzeuge des Bischofs, wird eröffnet, daß er seine Amtsbezugnisse durch die Androhung einer Maßnahme, deren Anordnung im vorliegenden Falle der Konviktskommission zugestanden wäre, überschritten habe und in Zukunft von ihm erwartet werde, daß er bei der Leitung des Konvikts sich genau an die gegebenen Vorschriften halte.

Dem Bischof als dem eigentlichen Urheber des Konflikts wird gesagt, daß er zwar das gesetzliche Recht habe, über die religiöse Erziehung der Konviktszöglinge zu wachen, auch insofern, daß diese Erziehung nicht durch die ihnen gebotenen wissenschaftlichen Vorträge gefährdet werde.

„Dagegen kann nach Ansicht des Ministeriums hieraus nicht die bischöfliche Befugnis abgeleitet werden, zu dem gebotenen Zwecke gegenüber einem Universitätslehrer eine auf die Beeinträchtigung seiner Lehrtätigkeit abzielende Einwirkung auszuüben.“ Nach gesetzlicher Vorschrift könne gegen einen Lehrer der katholisch-theologischen Fakultät der Universität, dessen Lehrvorträge nach dem Urteil des Bischofs wider die Grundsätze der katholischen Kirchenlehre verstößen, eine Verfügung nur von der Staatsregierung getroffen werden. Dieser Grundsatz muß umsomehr Anwendung finden, wenn es sich um einen der philosophischen Fakultät angehörenden Universitätslehrer handelt.

Der „Rat“, den der Bischof dem Professor erteilt hat, wird sodann unter Berücksichtigung der Stellung, die der

Bischof den Angehörigen seiner Diözese gegenüber einnimmt, sehr richtig als „eine die wissenschaftliche Stellung des betreffenden Lehrers gefährdende Beschänkung der akademischen Lehrtätigkeit“ charakterisiert, und dem Bischof nochmals bedeutet, daß er sich mit etwaigen Beschwerden an das Ministerium zu wenden habe.

„Daß bei einer hiernach etwa erforderlichen staatlichen Verfügung der Grundsatz der akademischen Lehrtätigkeit Beachtung finden wird, versteht sich von selbst“, schließt die ministerielle Antwort.

Die Entscheidung des württembergischen Kultusministeriums steht vorteilhaft von dem Verhalten des preussischen Kultusministers im Straßburger Falle, sowie beim Bonner Konflikt ab. So entschieden ist die hierfällige Annahme von einer deutschen Regierung selten zurückgewiesen worden.

Politische Uebersicht.

Das Branntweinmonopol in neuer Gestalt. Auf dem nationalliberalen Parteitag in Charlottenburg hat Herr Wasser mann den radikal-liberalen Schwur geleistet, daß die freisinnigen Parteien zur Ueberwindung des Reichsfinanzjammers in keinem Falle für neue indirekte Steuern zu haben sein werden, daß sie aber das Branntweinmonopol in wohlwollende Prüfung ziehen werden. In dieser Stellungnahme wiederholt sich das national-freisinnige Prinzip unter Wahrung der Grundzüge dieselbe grundsätzliche Stellung zu verleugnen. Herr Wasser mann ist von der Absicht der Regierung unterrichtet, das Branntweinmonopol dem Reichstage bereits Ende Januar zugehen zu lassen, und zwar in Form eines Spiritushandelsmonopols. Der Widerstand, der sich gegen das ursprüngliche Projekt, die Monopolisierung durch Verstaatlichung des Spiritusinhalts, den Ankauf der großen und die Abfindung der kleinen Spiritusfabriken zu schaffen, geltend machte, hat den neuen Plan gezeugt. Nach der „Eib. Korresp.“ soll nach der Vorlage die Branntweinliebesgabe den Brennern noch auf zehn Jahre zur Hälfte bewilligt werden. Der Preis des Branntweins soll für alle Zukunft so normiert werden, daß der Wert der Schlempe den Brennern stets als Gewinn übrig bleibt. Der Preis soll jedes Jahr fixiert werden, und zwar durch einen Ausschuss, dessen Vertreter zu einem Teil von dem Reichstage, zu einem weiteren Teil von den Landwirtschaftskammern gewählt werden sollen. Ein dritter Teil wird vom Reichskanzler und anderen Reichsbehörden ernannt. Dieser Entwurf entspricht den Interessen unserer Schnapsbrenner in einem weit größeren Maße als die bisher diskutierten Vorschläge, was die Junler natürlich nicht abhält, um so lauter zu erklären, daß er ihren Anforderungen nicht genügt. Sie verlangen die Zusage weiterer Gewinne, obwohl die rein agrarische Zusammensetzung des Ausschusses die Gewähr dafür bietet, daß der Schlempegewinn nicht zu niedrig ausfallen würde. Der Schnapsprofit der Junler soll nach dem Gesetz gesichert werden, die Regierung will reiche Mittel aus dem monopolisierten Zwischenhandel ziehen, die Kosten des Verfahrens sollen die wahrlich schon genug geschöpften Konsumenten tragen.

Jack.

Roman von Alphonse Daudet.
Einzig autorisierte Uebersetzung.

18]

(Nachdruck verboten.)

Madon mit seiner Ebenholzhaute war unerschütterlich, und dann, durch wen sollte er erzieht werden? Die anderen Jünglinge hatten Korrespondenzen. Paris, die denn doch dies Erziehungsstadium hätten etwas ungewungen finden können, und meiner Frau, man entschied sich endlich, daß die Soiree der Unwesensheit und des Saubers seiner königlichen Hoheit entbehren sollte.

Seit acht Uhr nahmen die kleinen warmen Länder auf den Bänken Platz, und mitten unter ihnen strahlte das blonde Vordach des kleinen von Baranch wie ein Licht auf dunklem Grunde schwarzbrauner Kinder.

Moronval hatte eine Menge Einladungen unter die Künstler- und Literatenwelt geschleudert, wenigstens so weit er sie betraf; und aus den entlegenen Winkeln von Paris eilten alle Deklassierten der Kunst, der Literatur, der Architektur in zahlreichen Scharen herbei.

Sie kamen truppweise, erstarrt, frostsappernd, tief hinten vom Montparnasse- oder Terresbierel, hoch oben auf dem Dach des Omnibus, abgehakt und würdevoll, alle unbekannt und voll Genie, herborgehakt aus der Dunkelheit, in der sie zappelten, durch den Wunsch, sich zu zeigen, etwas vorzutragen, zu singen und sich dadurch selbst den Beweis zu geben, daß sie noch existierten. Dann, nachdem sie einen Mund voll frischer Luft geatmet, das Licht des Himmels gesehen, sich gestärkt durch den Schimmer von Räum, von Erfolg, werden sie heimkehren in den bitteren Strudel mit der notwendigen Kraft, zu vegetieren.

Da waren Philosophen, die den Leibniz übertrugen, aber taubstumm von Geburt und nur in ständiger, ihre Gedanken durch Gesetze zu äußern und unartikulierten Gründe herborzustößen. Da waren Maler, geplagt von dem Gedanken, eine Kugel zu spielen, welche aber so langsam einen Stuhl auf seine Beine, einen Baum auf seine Wurzeln stellten, daß alle ihre Gemälde den Ansichten von Erdbeben oder von dem Zusammenbruch der Paletboote bei särmischer See gleichen. Da waren Musiker, die Zwischenklaviere erfunden hatten, Gelehrte nach Art des Doktor Girsch, Schädel voller Krins-Krins, bei denen alles mögliche vorhanden, aber nichts auffindbar ist, wegen der Unordnung, des Staubes, und weil auch alle Gegenstände zerbrochen, unvollständig, für den geringsten Dienst unbrauchbar sind.

Dies waren die Traurigen, die Bedauernswerten, und wenn ihre unruhigen Annahmen, eben so kraus wie ihr Gout,

haar, wenn ihr Stolz, wenn ihr Wahnsinn zum Lachen herausforderte, dann war auch so viel Glend auf ihre abgeschabte Erscheinung geschrieben, daß man trotz alledem etwas Nahrung empfand vor dem sichersten Glanz dieser vor Millionen trunkenen Augen, vor diesen verwüsteten Gesichtern, wo alle befeigten Träume, alle erstorbenen Hoffnungen faulend ihren Platz bezogen hatten.

Neben diesen gab es andere, welche die Kunst zu hart, zu dürr, zu unfruchtbar fanden und ihre Hilfsmittel aus irgend einem wunderlichen Gewerbe zogen, im Widerspruch zu ihren geliebten Beschäftigungen: ein lyrischer Dichter, der ein Stellenvermittlungsbureau für männliche Diensthoten unterhielt, ein Bildhauer, der nebenher Agent für Champagnerweine, ein Gekochter, der bei der Gasanstalt angestellt war.

Noch andere, minder würdige, ließen sich von ihren Frauen ernähren, deren Arbeit ihre geniale Faulheit unterhielt. Diese Paare waren zusammen erschienen, und die armen Gattinnen der Deklassierten trugen auf ihren mutigen und verwelkten Gesichtern den Preis, welchen der Unterhalt eines Mannes von Genie kostet. Stolz, ihre Gatten zu begleiten, lächelten sie ihnen mütterlich zu, als wollten sie sagen: „Das ist mein Werk.“ Und in der Tat, sie durften sich rühmen, denn all diese Herren hatten im ganzen ein blühendes Aussehen.

Rechnet zu diesem Trupp noch zwei oder drei Literaten, antikes Gerümpel Fabelbücher des Salon, alte Stammgäste der Abenden, der Freitagen, der philotechnischen und anderer Gesellschaften; immer auf der Lauer nach beratigen Sitzungen; dann die Statisten, unbestimmte Typen, einen Herrn, der nichts sagte, aber sehr hoch geschätzt wurde, weil er den Brautbräutigam gelehen habe, einen anderen, von Girsch eingeführt, den man „den Neffen des Verzeihens“ nannte. Uebrigens, hatte er keinen anderen Ruhmestitel, als seine Verwandtschaft mit dem berühmten schwedischen Gelehrten und schien ein vollkommener Dummkopf; zudem ein Komödiant in partibus, namens Delobelle, der, wie man sagte, demnächst ein Theater haben werde.

Endlich die ständigen Tischgenossen des Hauses, die drei Professoren, Babastade in Galatrach, von Zeit zu Zeit sein „heul! heul!“ brummend, um sich von der Anwesenheit seines Tones zu überzeugen, den er in der Soiree nötig haben würde, und d'Argenton, der schöne d'Argenton, cotisiert wie ein Engel, frisiert, pomabliert, hell behandschuh, genial, streng, priesterlich.

Am Eingang des Salons stand Moronval, empfing jedermann, drückte gerüstet die Hände, beunruhigt, die Stunde vorrücken und die Gräfin — so nannte man Ida von Baranch — noch immer nicht kommen zu sehen.

Seine Art von Beklemmung ruhte auf der Versammlung. Man plauderte ganz leise, während man sich einwirkte in den

Winkeln. Die kleine Frau Moronval ging von Gruppe zu Gruppe und sagte mit lebenswärtiger Reize: „Wir fangen noch nicht an, da wir die Gräfin erwarten.“ Und auf ihren ausdrucksvollen Lippen nahm dieses Wort Gräfin außerordentlich geheimnisvolle, fetterliche, aristokratische Stellungen an. Alles kühlerte darauf, jeder wünschte, gut unterrichtet zu scheinen: „Man erwartet die Gräfin.“

Das Welt geöffnete, mit all seinen Lasten wie ein Riesengeißel lächelnde Harmonium, die Bälge auf deren Klappen längs der Wand, der kleine Tisch mit grüner Decke, einer ungeschätzten Lampe, einem Glase Juterwasser, auf seiner Erhöhung sich furchbar und bedrohlich wie eine Guillotine bei Tagesgrauen erheben, Herr Moronval, eingebremst in seine weiche Weste, und Frau Moronval, geborene Decostere, rot wie ein kleiner Kahn von dem Feuer des Empfanges, und Madon-Ghevo, fröhlich in der Luft der Tür — alles, ja alles erwartete die Gräfin.

Unterdessen, da sie nicht kam und es recht frohig war, willigte d'Argenton ein, sein „Crede der Liebe“ vorzutragen, welches freilich alle Anwesenden kannten, da sie es mindestens fünf oder sechs Mal gehört hatten.

Der dem Kamn stehend, das Paar zurückgeworfen, der Kopf hoch erhoben, als ob er seine Berse zum Himmel wälte, der Kopf spräche, bestammerte der Dichter sein sogenanntes Gedicht mit empatischster und gemeiner Stimme und machte hinter jeder wirkungsvollen Stelle eine Pause, um den bewundernden Anwesenden die Möglichkeit zu bieten, sich Luft zu machen und bis zu ihm zu gelangen.

Der Himmel weiß, daß die Deklassierten mit derartigen Ermütigungen nicht sparsam sind.

„Anerkenn!“
„Erhaben!“
„Gewaltigend!“
„Ein zweiter Victor Hugo!“
Und hier das Erkundliche von auen:
„Goethe mit Herz!“
Ohne Verwirrung, angespornt durch diese Lobeserhebungen, mit vorgestrecktem Arm, mit gebieterischer Handbewegung fuhr der Dichter fort:
„Und mag die Menge mich mit Gohs begreifen,
Ich glaube an die Liebe, wie an Gott!“
Sie trat ein.
Der Dichter, im mit erhobenen Augen, bestellte sie nicht einmal. Aber sie, sie sah ihn, die Unmöglichkeit, und von diesem Moment an war ihr Leben verloren.

(Fortsetzung folgt.)

In der Klemme. Ueber die neuen Steuerpläne, die dem Reichstag schon vorliegen müßten, ist sich die Regierung immer noch nicht im klaren. Sie läßt in ihrer Not eine Erklärung los, in der sie versichert, daß sie vorläufig nichts Bestimmtes erklären kann:

Die Mittelmaße über die neuen Steuerprojekte der Regierung, die in den letzten Tagen durch die Presse gegangen sind, entsprechen, wie am maßgebenden Stelle versichert wird, nicht den Tatsachen. Regierungskreise sind über die Steuerprojekte abgesehen. Stillstehen zu lassen beabsichtigt. Der Bundesrat wird sich mit dem Steuerprojekte in der zweiten Kammerwoche beschäftigen, so daß dem Reichstage die Steuerpläne kaum vor Ende Januar vorgelegt werden können. Zwischen dem Reichstage und der Regierung haben unverbundene Besprechungen über einzelne Steuerpläne stattgefunden, um zu erfahren, welche neue Steuern die meiste Aussicht auf Annahme haben.

Das absolute Stillstehen hat natürlich seinen guten Grund. Da am letzten Ende doch wieder die breiten Massen ausgepreßt werden, ist es praktisch, die Beratungen auf wenige Tage und Wochen zusammenzudrängen und das Volk, das es in irgend eine Abwehr eintreten kann, über den Löffel zu barbieren. Das ist Maktaktik, die aber auf die Dauer doch nicht ungerochen bleibt.

Der Reichstagskommission für das Vereinsgesetz gehören von unseren Parteigenossen Heine und Legien an. Von Polen sind ebenfalls zwei Vertreter zugeordnet: Prejost und Senda. Vorsitzender der Kommission ist der Nationalliberale Dr. Heber, Stellvertreter derselben der Liberale Dr. Zehner.

Gegen den Gesetzentwurf soll Mitte Januar in Baden, wie uns von dort geschrieben wird, eine größere Protestaktion einleiten. Die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen veranstalten im ganzen Lande, wenn möglich an einem Tage, zahlreiche Versammlungen. Baden besitzt bekanntlich ein ziemlich freies Vereins- und Versammlungsrecht, da es keine polizeiliche Überwachung und keine Anzeigepflicht für Versammlungen, wenigstens eine Meldepflicht für Vereine kennt. Durch das Sprachverbot des Vereinsgesetzes würde vor allem die gewerkschaftliche Aufklärung unter den in ungemein großen Massen in Baden einwandernden Italienern leiden.

Die Speisung der Schulkinder. Einen sehr bemerkenswerten Verlauf nahm die letzte Sitzung der Berliner Stadtverordneten, in der ein sozialdemokratischer Antrag zur Verabreichung von Nahrungsmitteln an bedürftige Schulkinder von Stadt wegen zu bewerkstelligen ist. Während nämlich ähnliche Anträge der Berliner Stadtverordneten von der liberalen Mehrheit als Anläufe zum sozialdemokratischen Zukunftsstaat verworfen wurden, wagte diesmal kein einziger Redner mehr, dem sozialdemokratischen Antrag direkt zu widersprechen. Das Vorbild anderer zum Teil ausländischer Städte, die zahlreichen Angriffe, die Berlin in der letzten Zeit wegen seiner sozialpolitischen Rückständigkeit erfahren hatte, nicht zuletzt die eindringliche Begründung, die Genosse Dorgmann dem Antrag gab, wirkten zusammen, daß die Angelegenheit an einen Ausschuss verwiesen wurde. Offenbar wird es unseren Genossen im Berliner Stadtparlament auch gelingen, dafür zu sorgen, daß die brennende Frage nicht wieder verschleppt wird und daß ihre Lösung im weitestgehenden Sinne der Antragsteller erfolgt.

Jedenfalls zeigt die ruhige und sachliche Art der Verhandlung, die der sozialdemokratische Antrag diesmal erfährt, daß gute Gedanken in ihrem Fortschritt doch nicht auf die Dauer aufzuhalten sind. Was dem Spießergemüt noch vor ein paar Jahren als verwegener Sozialismus erschien, ist heute ein ganz diskutabler Vorschlag, morgen wird es das Selbstverständliche sein, und übermorgen wird vielleicht schon erklärt werden, daß der sozialpolitische Fortschritt der städtischen Kinderspeisung vom Freisinn erfunden und dem Willen der stets nur neugierigen Sozialdemokratie durchgeleitet worden sei, wie es bisher mit allen sozialpolitischen Fortschritten gegangen ist. Solche Auskünften können der Sozialdemokratie freilich nicht die Freude am Erfolg verderben und auch nicht den Wunsch beeinträchtigen, daß bald recht zahlreiche deutsche Gemeinden Berlin auf dem Wege folgen mögen, den es nun von unseren Genossen im Osten Hause gedrängt, wohl doch beschreiten wird.

Der ungnädige Papp. Die neue Rundgebung wegen die Modernisten, welche Pappi Nius X. veranstaltet hat, liegt nunmehr in vollem Vorkauf vor:

Der Pappi führte aus, daß die bitteren Verfolgungen, die den Erlöser auf seinem Lebenswege begleiteten, auch das Leben der von ihm gestifteten Kirche erhellten. So sehr man denn heute, wie die Kirche überall offen oder heimlich Anfeindungen bedrängt werde, wie ihre Rechte und Güter von jenen unterdrückt würden (?), die sie bekämpfen sollten, während eine göttliche und hamulose Presse (zu das Schimpfen greift?) die Kirche bekämpfe und dabei sogar die öffentliche Ruhe löre, wie man sie in Italien gesehen habe. Dazu käme noch die verderbliche Propaganda, die sich innerhalb des Katholizismus selbst bemerkbar mache, und von den Modernisten ausgehe, die die päpstliche Autorität darzustellen, an deren Stelle sie ihre eigene setzen wollten, indem sie einen neuen Glauben und ein neues religiöses Bewußtsein für allein richtig erklären. Es wäre viel weniger bedenklich, wenn die Modernisten sich freiwillig zu den offenen Feinden der Kirche bekennen würden, sie wagten es aber, im Gegenteil als Katholiken auszugehen, die den Sakramenten zu nahen und die Messe zu feiern. Der Pappi habe nicht jenes abstrakten Amtes gegen die erforderlichen Maßnahmen getroffen, indem er es sich besonders habe angelegen sein lassen, die junge Geistlichkeit gegen diese Verirrung zu schützen. Der Episkopat habe mit Eifer und dem Pappi gegebenen Anweisungen angenommen und sei im Begriffe, sie zur Durchführung zu bringen. Die Modernisten beharrten aber bei ihrer Anfeindung, wovon sie in der Presse offen Zeugnis ablegten. Gott möge die Verirrten errettchen.

Die Rede des Pappes ist wieder einmal ein Meisterstück der dienenden Jesuiten des Vatikan, die hier als Repräsentanten des Menschentums auftreten. Besonders schön wirkt der Satz von der „verfolgten“ und „unterdrückten“ Kirche in einer Zeit, wo diese Kirche selbst mit der schroffen Unmenschlichkeit ihre kleinste Regierung schändlichen Denkens un-

erbittlich niederbrückt und Särge mit Kinderleichen über die Kirchhofsmauer geloben werden müssen, weil der liebende Diener der katholischen Kirche die Pforte zusperrt.

Grundpfeiler der Herren Pastoren. Der Staatssekretär von Bethmann-Hollweg hatte auf dem nationalen Arbeiterkongress zu Berlin den christlichen Arbeitern empfohlen, vier Grundpfeiler zu errichten: Fleiß, Gottesfurcht, Nüchternheit und Zufriedenheit! Diese Tugenden hat der Staatssekretär für Sozialpolitik nur den gewerblichen und ländlichen Arbeitern empfohlen; bei der Pflege dieser Tugenden kann der Kapitalismus wunderbar gedeihen und die Sozialpolitik auf dem allen Flecke stehen bleiben.

Anderes als danach die Arbeiter denken sollen, denken die Arbeiter im Weinberge des Herrn, die Geistlichen, rücksichtlich ihrer Arbeit. Sie befinden sich jetzt in einem lebhaften Lohnkampf und wollen von Zufriedenheit nichts wissen. Das ergab die Beratung der außerordentlichen Landesynode zu Hannover über die Festsetzung eines neuen Lohnsatzes für die Geistlichen.

Der Staat hat vorgeschlagen 2400 Mark Anfangsgehalt, steigend in 24 Dienstjahren bis auf 6000 Mark nebst freier Dienstwohnung. Diese neue Besoldungsordnung bringt eine Gehaltsvermehrung um 27 Prozent! Das ist den geistlichen Herren noch nicht genug. Sie verlangen 2700 Mark Anfangsgehalt, Höchstgehalt in 24 Dienstjahren und Anrechnung der Militärdienstjahre. Warum auch nicht? Ist doch der Militarismus auch eine von der Kirche gesegnete Einrichtung. Diese weitergehenden Forderungen hat die Regierung nun aber, wie andere Anträge gegenüber den Arbeitern, abgelehnt. Darob gerieten die Herren in der Synode in Entrüstung, sie seien enttäuscht und stellen in Aussicht, daß ihre Lohnbewegung damit nicht beendet sei. Der Pastor Schäfers aus Verden sagte das Folgende, das auch für die Arbeiter von großem Interesse sein muß:

„Wenn es auch nicht in der Absicht der Geistlichen liegt, in ihren Gehaltsforderungen nach Sammlung von Schäden zu trachten, so müßte doch die einfache Frage um den Fortschritt der Heberzeugung diskutiert, daß die Heberzeugung um 27 Prozent durch aus keine gewalttätige sei und in keinem Verhältnis zu der prozentual viel höheren Steigerung der Kosten der Lebensbedürfnisse, welche sich in den letzten Jahrzehnten vielfach mehr als verdoppelt hätten. Unter diesen Umständen bedeuete der an die Adresse der Staatsregierung gerichtete Dank für das Behnhalten der Gehaltsforderungen nichts weiter als der Dank eines gebildeten höchsten Mannes. Ansehnlich der doch notwendig für das gesamte Volk gehobenden schwierigen Arbeit des Geisteslichen sei es zu beklagen, daß die geistlichen Wünsche nicht erfüllt werden seien.“

Ein anderer Redner stellte die Forderung auf: „Jeder Geistliche in Stadt und Land hat Anspruch auf ein Haus in der Nähe der Kirche.“ In der Besoldungsfrage heißt das, daß der Geistliche als Zuhörer zur Dienstwohnung einen Garten erhalten soll. Da verlangte derselbe Herr, daß es heißen soll: „eingetragene Hausgärten!“

Wir sehen, daß die geistlichen Herren alles andere, nur nicht zufrieden sind. 27 Prozent Gehaltszulage, — das sind in vierzig Dienstjahren fast 150,000 Mark 100,000 Mark Einkommen, also im höchsten Ausnahmungsfall 40,000 Mark Mehreinkommen durchschnittlich für die Geistlichen — nennt man nicht gewaltig. Warum bieten diese Herren nicht ihren Einfluß auf, um der weit schlechter gestellten und weit zahlreicheren Kategorie ländlicher und gewerblicher Arbeiter zu einer 27 prozentigen Lohnaufbesserung zu verhelfen? In Wahrheit predigen sie diesen Zufriedenheit und können darauf, den Arbeitern durch die Kirchensteuern noch mehr zu nehmen.

In städtische Regie übernommen. Die Reichsstadter Stadtverordneten-Versammlung faßte in ihrer letzten Sitzung einstimmig den Beschluß, die Reichsstadter Straßenbahn käuflich zu erwerben. Die Übernahme der Bahn erfolgt am 1. Januar 1917.

Liberaler Sozialpolitiker. Aus Halle a. S. berichtet man: Unsere Genossen hatten im Stadtverordneten-Kollegium beantragt, den städtischen Arbeitern der Gasanstalt die in die Woche fallenden Feiertage voll zu bezahlen, damit die Leute in der Weihnachtswoche nicht mit 12—14 Mark Lohn nach Hause zu gehen brauchen. Der entschiedene liberale Stadtverordnete Anwalt gab den Arbeitern den Rat, „in guten Zeiten“ zu sparen, dann brauche man in der Feiertagswoche nicht zu leiden. Schließlich verließ man sich soweit, bezüglich des Antrages „Erhebungen“ anzustellen. Für Kaiserbesuche und so weiter wird man hingegen Ländchen weg.

Wo steht Dinar? Die Nordd. Allg. Ztg. schreibt: Durch mehrere Blätter ist in diesen Tagen die Mitteilung gelaufen, Major Graf von der Goltz habe sich dem Gericht nicht gestellt. Wie wir dementsprechend beständig hören, und wie der Kriegsminister bereits im Reichstage erklärt hat, hat sich Graf von der Goltz dem zuständigen militärischen Gericht in Potsdam gestellt und ist schon mehrfach vernommen worden. — Herr, dunkel ist der liebe Sinn! Er hat sich dem zivilgerichtlichen in Potsdam gestellt! Was heißt das? Ist er noch Potsdam gekommen, wie der Laienverstand annehmen muß? Oder hat er dem Gericht nur mitgeteilt, auf welchem schönen Schweizer Schloße er zur Zeit wohnt? Ist er in Deutschland oder in der Schweiz vernommen worden? Wenn ersteres zutrifft, warum habe man ihn nicht festgesetzt, wie es bei anderen Verdächtigen geschieht, die sich einer Strafverfolgung jahrelang zu entziehen wagen? Erkläre mir, Graf Dinar...

Auf den Flottenvereinstreffen folgen Streitigkeiten in der Deutschen Kolonialgesellschaft. Der Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft Herzog Albrecht zu Mecklenburg erläßt gegen die Abteilung Berlin seiner Gesellschaft folgende Strafbestimmung: „Die Abteilung Berlin hat in ihrer öffentlichen Versammlung vom 10. Dezember 1907 zu einer wichtigen politischen Tagesfrage Stellung genommen, ohne sich hierzu im § 3 der Satzungen der Deutschen Kolonialgesellschaft vorgegebener Zustimmung des Ausschusses zu versichern. Es ist an sich nicht zu billigen, daß Abteilungen der Gesellschaft politische Fragen, welche den eigentlichen Kernen der Gesellschaft fern liegen, in agitatorischer Weise behandeln, so ist dieser Vorwurf nun so mehr zu erheben, wenn, wie dies von Seiten der Abteilung Berlin geschehen ist, die Agitation zu einem Zeitpunkt entfällt, in welchem sie nur dazu beitragen kann, das Einvernehmen zwischen Regierung und Volk zu beeinträchtigen. Ein derartiges Vorgehen schädigt die Interessen unserer Gesellschaft auf das ernstlichste und birgt die schwere Gefahr in sich, daß eine Entfremdung innerhalb der Gesellschaft und ihrer einzelnen Glieder hervorgerufen und damit der Zusammenhang und der Bestand der Gesellschaft erschüttert wird. In vollem Einverständnis mit dem Ausschuss nehme ich daher hiermit Anlaß, über das Verhalten, welches die Abteilung Berlin im vorliegenden Falle beabsichtigt hat, mein lebhaftes Bedauern auszusprechen.“

So, nun sind die Berliner Sitzigen zum Antworten an der Reihe und das deutsche Publikum kann sich abwechselnd an den Auswärtigen- und Kolonialminister richten.

Der neue Berliner Stadtverordneten-Vorsitzende. Zum Nachfolger des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langemann, der von seinem Amte zurücktritt, wurde von der alten Linken der bisherige Stellvertreter Wichelet designiert.

Verämpfung der Kohlennot — nach einem Jahre? In Bezug auf die Kohlennot will eine parlamentarische Kommission wissen, die Regierung werde zu einem Verbot der Ausfuhr deutscher Kohle für bestimmte Zeit greifen, falls die bereits angeordnete Anhebung des Kohlenpreises auf die Einfuhr von Kohlen für die Dauer von einem Jahre nicht die erwartete Wirkung haben sollte.

Die der „Staatsanzeiger“ erzählt, ist die württembergische Eisenbahndirektion der Tarifermäßigung beigetreten, die dieser Tage auf den Reichseisenbahnen eingeführt worden ist. Derauf sind zunächst bis zum 31. Dezember 1909 sämtliche Sendungen von Feinstohlen, Feinstohlenbrücheln und Feinstohlenkoks zu den Sätzen des Hochpreises zu beibehalten, soweit nicht noch billigere Ausnahmetarife bestehen.

Patrioten unter sich. Weil die Redaktion des „Kaiserblatts“ in Berlin, die „Tägl. Rundschau“, seine Neben als „Hanswurstereien“ bezeichnet, hat der bekannte antisemitische Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg das Blatt wegen Beleidigung verklagt. Kläger wie Beklagter sind stramme antisemitische Patrioten und einander würdig.

Schon wieder § 175 im Kriegsheer. Ein Leutnant vom Garde-Füsiliers-Regiment wurde heute wegen Vergehens gegen § 175 des Str.-G.-B. zu 8 Monaten Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt.

Mangel an Schulkindern. Offiziell wird gemeldet: Bei der Schulanfänger der Haupt- und Residenzstadt Berlin herrscht immer noch erheblicher Mangel an Erstzulassungskandidaten. Die Zahl der unbesetzten Schulplätze beträgt zur Zeit über 400, was in erster Linie auf ihre durch das Anwachsen der Millionenstadt bedingte ständige Vermehrung zurückzuführen ist. Unteroffiziere, die vom Militär abgehen, werden zur Bewerbung aufgefordert. — Unterer Ansicht nach sind noch 400 Schulplätze übrig. Man erpäre ihnen nur die Überwachung von Versammlungen, in denen sie sich tödlich langweilen, die Belästigung von Streikposten, die nichts Ungesetzliches verüben, die Bepfehlung und Befestigung von Privatpersonen, und es wird sich herausstellen, daß die Reichshauptstadt viel zu viel Schulplätze hat.

Der Kommandeur des Regiments der Garde du Corps Freiherr von Nichteusen hat seine anfangs geäußerte Absicht, das Kommando niederzulegen, angegeben. Dieser Entschluß soll auf einen speziellen Wunsch des Kaisers zurückzuführen sein.

Ausland.

In den Säuen des Parismus Während sich die Minister in der Duma mit ihrer „Geistlichkeit“ brüsten, nimmt die Zahl der politischen Gefangenen mit jedem Tage zu. Alle Gefangnisse sind überfüllt. Häufig gehen ganze Ehepaare mit Verbunden nach dem Osten. Gefängnisrevolver und Gewehre sind an der Tagesordnung, Selbstmord und Wahnsinn sind unter den Gefangenen eine gewohnte Erscheinung.

Die Personen sind allmählich stumpf geworden und reagieren nicht mehr auf die Greuel, die täglich in uns herüberströmen. Dort, hinter festen Mauern und eisernen Gittern, ist eine Welt für sich, wo Zehntausende Männer und Frauen, Männer und Weiber in den Händen der Henker schmachten. Nur ein außerordentliches Ereignis lenkt die Aufmerksamkeit der Lebenden auf die Lebendigenbegebenheiten. Es ist diesmal ein relativ geringfügiger Fall, der die öffentliche Aufmerksamkeit fesselt. Der Gefängnisdirektor in Moskau an dem eröffnete den Insassen des ihm unterstellten Gefängnisses, daß alle Gesuche der zu Zwangsarbeit Verurteilten um Bewilligung ihrer Überführung nach Sibirien abschlägig beschieden werden müßten, weil die Gefängnisverwaltung verpflichtet sei, hierin eine gewisse Reihenfolge zu beobachten.

Wie müssen nun die Zustände im Moskauer Gefängnis sein, wenn die Gefangenen darum bitten, nach Sibirien befördert zu werden? Oder sind etwa die Zustände auf der sibirischen „Katorga“ besser und menschenwürdiger geworden? Nachfolgender Brief aus dem Umgegend gibt darüber Aufschluß: „Wir sind unterer 200 zur Zwangsarbeit Verurteilten — 200 „gemeine“ Arrestanten und 100 „politische“ — die unter Verurteilung von 80 Kronpolizisten am Rande der sibirischen Tundra einen Fahrweg bauen.“

Wir schlafen in Zelten, die fast durchweg in Fellen hängen. Der Regen fließt herein, es ist schmutzig und feucht. Im August ist es schon kalt, wir bleiben aber bis zum 28. November hier... Wäsche bekommen wir nicht. Was wir anhaben, hängt in Fellen am Leibe. Waschgelegenheit gibt es nicht.

Das Arbeitspensum ist sehr schwer. Arbeiten muß man bis zu den Knien im Schmutz. Nach drei Wochen solcher Arbeit sind die Füße geschwollen, man leidet an Rheumatismus.

Gefangenen werden wir bei jeder Gelegenheit, ohne welchen Grund, ohne Unterschied zwischen „gemeinen“ und „politischen“ Arrestanten. Diese und jene werden gleich behandelt, gleich grausam geschlagen...“

Und dennoch ziehen es viele Gefangene in russischen Gefängnissen vor, hierher, in diese Hölle, zu gelangen, als im feineren Tas langsam zu Grunde zu gehen... Nicht alle aber werden dieser „Gnade“ gewürdigt. Auch die „Katorga“ ist überfüllt.

Die Gewalttaten der russischen Despotie gegen Finnland und Skandinavien Staatsbürger mehrten sich von Tag zu Tag. Wie Stockholm, „Sozialdemokraten“ und andere Blätter melden, ist der finnische Genosse Tibermann, der längere Zeit in Petersburg im Gefängnis saß, nun auf administrativem Wege nach dem sibirischen Gouvernement Tobolsk verbannt worden, und zwar auf drei Jahre! Das Verfahren ist umso infam, als man offenbar nicht imstande war, irgend eine Anklage gegen ihn zu erheben.

Weiter wird aus Petersburg berichtet, daß der Generalgouverneur Finnlands, Gerhard, am Sonnabend sein Abschiedsgesuch eingereicht hat. Dies ist ein Erfolg der Heftigkeit der russischen Regierungspresse. Gerhard hat übrigens gegen drei Redakteure der „Nowoje Wremja“ wegen Verleumdung. Ein Vergleichsveruch blieb erfolglos, die Sache soll nun gerichtlich entschieden werden.

Ein Gericht will wissen, daß nicht der dem Generalgouverneur fürzlich als Gehilfe zur Seite gestellte Seyn, sondern — General Paulbars Nachfolger werden soll, jener Gewaltmensch, der u. a. in Odesa die Schreckensterrassen der schwarzen Banden einführte...

Die persischen Unruhen. Die Londoner Blätter melden über die Lage in Teheran folgendes: In der persischen Armee besteht große Unzufriedenheit, da die Soldaten seit zwei Jahren keinen Sold bekommen haben. Die unzufriedenen Soldaten bilden ein neues gefährliches Element in der beunruhigten Stadt. Geheimbünde bereiten sich vor, an der bevorstehenden Revolution teilzunehmen. Die lokalen Unruhen dauern fort. In einem Teil der Hauptstadt haben die Nationalisten Parzifaben errichtet, um für die politische Freiheit zu kämpfen. Politische Morde und Pflünderungen sind an der Tagesordnung.

Die Aufregung steigert sich immer mehr. Vertreter des diplomatischen Korps haben sich am Schah begeben; sie verlangen von ihm, entsetzt über dem bei der gestrigen Beratung gefassten Beschluß, erhöhten Schatz der Gefangenen, die ebenfalls als Wohl für die verschiedenen europäischen Kolonien dienen müssen und fordern ihn an, alles was in seiner Macht steht zu tun, um Unruhen zu vermeiden.

„Geheime Subjungen“ läßt sich der König von Portugal in Lissabon darbringen. Der offizielle Bericht darüber:

Bei Gelegenheit der Verkleidung von Weibchen an das aus Afrika zurückgekehrte Expeditionskorps hielt König Carlos eine Ansprache, in der er auf die von Portugiesen in Afrika gemachten Entdeckungen hinwies. Das Volk brachte dem Könige begeisterte Subjungen dar.

Bei der überaus großen Liebe des portugiesischen Volkes, die durch bezahlte Subjungen zum Ausdruck gebracht wird, wird sich vermuthlich König Carlos veranlassen, sich eine neue beträchtliche Erhöhung seiner Zivilliste zu bewilligen. Da der Diktator Franco das Parlament zum Tausch angeht hat, bedarf es dazu seitens des Königs eines einzigen Federstriches.

Waisenkonzert und Kaiserbesuch. Der Arbeitslosenbund von Amsterdam, der unter anarchistischer Leitung steht, hatte, wie berichtet wird, in geheimer Sitzung beschlossen, den deutschen Kaiser beim Besuch der holländischen Hauptstadt ein Waisenkonzert hören zu lassen und hatte außerdem eine Resolution verfaßt, worin mit Rücksicht auf die furchtbare Arbeitslosigkeit gegen den Kaiserbesuch und die damit verbundenen Festlichkeiten protestiert wurde. Das war der Grund, weshalb der deutschen Presse von einer beabsichtigten Arbeitslosendemonstration und von einer bedeutenden Verstärkung der Garnison berichtet wurde. Aus der Demonstration ist aber nichts geworden. Wohl sind einige Personen wegen Pfistens oder Verteilung von Pfistinstrumenten verhaftet worden, die Massen aber beteiligten sich nicht an der Geschichte.

An den Versammlungen des „Arbeitslosenbundes“ haben übrigens auch kaum 100 Personen teilgenommen. Die nach Tausenden zählende Masse der Arbeitslosen, die großen Teils sozialdemokratisch gesinnt ist, hält sich fern davon. Das dem „Bunde“ der 134 Gulden betragende Kassenbestand gestohlen worden ist, kann ja auch nicht dazu beitragen, seinen Einfluß zu heben.

Eine Spionageangelegenheit beschäftigt zurzeit auch die amerikanische Presse. Es handelt sich angeblich um die Auslieferung eines Mobilfunkplans der amerikanischen Truppen, der von einer Person an Japan verkauft sein soll. Der betreffende Verkäufer war früher auf den Philippinen anständig und dort ausgewiesen worden, weil er Meldungen veröffentlicht hatte, die für die amerikanischen militärischen Operationen nachteilig waren. Seitdem verkaufte der Verkäufer in China Waffen für eine Firma in San Francisco. Er soll unlängst in New York damit renommiert haben, den Japanern den oben genannten Mobilfunkplan verschaffen zu können. Wenn Privatpersonen sich so beschaffen können, als die christlichen und unchristlichen Staaten, würde sich jedem mit Nutzen abwenden. Bei den Patrioten aller Staaten aber gilt die Spionage als ein geheiligter Brauch, jeder einzelne bedient sich solcher Subjekte.

Zu einer Verminderung der Militärlasten hat sich die Regierung in Japan verstanden. Wie der Londoner „Daily Telegraph“ aus Tokio meldet, fand dort am Sonntag ein außerordentlicher Kabinettsrat statt. Die von ihm gefassten Beschlüsse wurden dem Staatsrat mitgeteilt. Vom nächsten Jahre ab werden Ausgaben für das Militärwesen im Betrage von zwanzig Millionen Yen jährlich auf sechs Jahre hinausgeschoben. Die Flottenausgaben werden im nächsten Jahre um 5 Millionen und für die nächsten sechs Jahre im insgesamt 53 Millionen vergrößert. Während der nächsten sechs Jahre beträgt die gesamte Veranschlagung für die Marine, Arme und für andere Zwecke durchschnittlich vierzig Millionen jährlich. — Wann wird in Deutschlands maßgebenden Kreisen so viel Vernunft eintreten?

kleine Auslandsnachrichten.

Die Frist für den außerordentlichen Schutz in Stadt und Gouvernement Moskau ist um sechs Monate verlängert worden. In der Stadt Nikolajew ist anstatt des Kriegszustandes der außerordentliche Schutz erklärt. Der Belagerungszustand in Russland scheint auf Ewigkeiten berechnet zu sein. — Der schweizerische Nationalrat beschloß in Übereinstimmung mit dem Ständerat den sofortigen Bau des zweiten Simplontunnels durch die bisherige Unterebnung. Ferner genehmigte er internationale Übereinkommen über das Verbot der industriellen Nachtarbeit der Frauen und über das Verbot der Verwendung weißen (gelben) Phosphors in der Phosphorindustrie. — Die gestern gemeldete Verhaftung eines verdächtigen Anarchisten in einer Kirche trug sich nicht in Rom, sondern in Lissabon zu.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 19. Dezember.

„Kabale und Liebe“, das erschütternde bürgerliche Trauerspiel Friedrich Schillers, wird in der Volksvorstellung des Sozialdemokratischen Vereins am ersten Weihnachtstage wiederholt werden auf Wunsch vieler, die am künftigen Sonntag durch ihren Beruf verhindert waren, sich einen Theater-Nachmittag zu gönnen. Gerade „Kabale und Liebe“ mit seiner scharfen, aber von edelster Sittlichkeit getragenen Kritik der höfischen Zustände ist es wert, in recht weiten Kreisen der freigesinnten Arbeiterschaft bekannt zu werden, zumal die Wiedergabe des Stückes durch die Schauspielkräfte unseres Stadttheaters eine ausgezeichnete ist. In unserer „Volkswacht“-Expedition, Neue Graupenstraße 5/6, Hof 8. Etage, findet noch eine Anzahl guter Plätze zu den bekannten billigen Preisen zu haben.

Benzin-Explosion. In einer Wohnung im 1. Stock des Hauses Marienstraße 3 war gestern Mittag gegen 1 Uhr die Ehefrau Anna Labude mit dem Kleinen von Bunsen mittelst Benzins beschäftigt. Die bekanntlich ungemein gefährlichen Benzingelege scheinen sich dabei an dem geheizten Ofen entzündet zu haben; es entstand eine heftige Explosion, durch welche die Fenster Scheiben zerbrachen und in Splittern auf die Straße geschleudert wurden. In dem an die Straße, welche den Sitz der Explosion bildete, angrenzenden Wohnraum, der nur durch eine Bretterwand getrennt ist, fiel ein Glasstrahl um, dessen Inhalt an Porzellan usw. teilweise zerklüft wurde. Der entstandene Brand war bereits vor Eintreffen der Feuerwehr gelöscht worden. Frau Labude erlitt leichte Brandwunden an der Stirn; Mannschaften der Feuerwehr legten ihr den ersten Verband an.

Knochenfund. Bei Schichtarbeiten zur Ausführung eines Neubaus auf der Gartenstraße wurde am 17. d. M. eine Kiste in der Länge von 1,68 Meter antage gefunden. Die Kiste enthielt eine Anzahl Menschenknochen. Die menschlichen Überreste wurden nach der Anatomie geschickt.

Feuer. Am 18. d. M., Abends, wurde die Feuerwehre nach der Vorderbische gerufen, wo Strohpäckchen von Feuertrocknern in Brand geraten waren.

Diebstahl. Einem Maler von der Weidenstraße wurde ein Fahrrad, Marke „Exelior“ Nr. 138,851, gestohlen. — Auf dem Lauengartenplatz wurde einem Monteur ein Fahrrad, Marke „Wend“, gestohlen. — Einem Bauarbeiter von der Lohstraße wurde ein grünes Jackett, eine rote Weste und eine grünlich gelbe Hose gestohlen. — Aus einer Wohnung am Ohlauufer wurde eine schwarze Pelzboa im Werte von 120 M. gestohlen. — Aus einem Neubau wurden 50 bis 60 Meter Kupferleitungsdraht gestohlen. — Ferner wurde eine dunkelbraune Pferdedecke, geg. W. R. 189 II und eine braune Pferdedecke gestohlen. Die Käufer dieser Sachen melden sich im Rinnme, Nr. 62 des Polier-Präsidenten.

Einbruch. Am 18. d. M., Nachmittags, wurde in eine Wohnung auf der Schillerstraße ein Einbruch verübt. Der mit dem Diebstahl beauftragte Dieb schloß die Wohnung auf und ließ den Diebstahl verüben. Diebstahl wurde festgestellt. Diebstahl wurde festgestellt. Diebstahl wurde festgestellt.

Gefunden. Ein schwarzer Kinderpelz, ein brauner Dandafisch, ein Tracing, eine Ledertasche, ein Pierisfeld mit goldenen Beschlägen. — **Abhanden.** Ein schwarzer Damenschirm, ein silbernes Kettenarmband, ein Schmuckstück und ein Bräutigamsring. — **Fahrad Diebstahl.** Gestohlen wurde ein Arbeiter, der am 18. d. M. Abends auf der Zimmerstraße einem Möbelhändler das Fahrrad gestohlen hatte.

Versammlungen und Vereine.

Arbeiter, Dreher und Maschinenarbeiter! Die für Sonntag, den 22. d. M. festgesetzte Versammlung fällt aus. Ebenso findet die für Sonnabend einberufene Versammlung der Riempler nicht statt.

Theater, Konzerte und Veranstaltungen.

Stadt-Theater. Donnerstag gelangt der zweite Teil von Friedrich Hebbels Trauerspiel „Die Nibelungen“ (Zweitenbild) zur Aufführung. Freitag wird Lotharing's komische Oper „Der Hühnermann“ zur Darstellung gebracht. Samstag findet die zweite Aufführung von Eugen d'Alberis Oper „Die Fledermaus“ statt. Sonntag wird Hebbels Oper „Der Schwan“ mit Herrn Günther-Braun in der Titelpartie und dazu Offenbach's Operette „Die Verlobung bei der Laterne“ gegeben. Nachmittags ist Hammer's Märchenoper „Hänsel und Gretel“ zu erwählenden Preisen angelegt.

Bobo-Theater. Heute Donnerstag geht Lehmann's beliebte Operette „Die lustige Witwe“ in Szene. Freitag wird das pikante Vaudeville „Wie man Männer fesselt“, mit den Damen Mayerhofer, Marini, Lang und den Herren Schulz, Blant, Brod zur Darstellung gebracht. Sonnabend wird „Die lustige Witwe“ wiederholt.

Im Thalia-Theater wird am Sonntag der ausgezeichnete Schwank „Susarienther“ zur Aufführung gebracht. Vorverkauf Freitag und Sonnabend von 10 bis 2 Uhr im Thalia-Theater.

Schauspielhaus. Heute Donnerstag wird Henry Bernays Stück „Der Dieb“ wiederholt. Als vollständige Vorstellung zur erwählenden Preisen geht am Freitag Sappo's Operette „Das Modell“ in Szene. Rudolf Döllinger's Operette „Fadewig“ findet bestimmt am Sonnabend statt. Das Wort bietet den Damen Dörfling, Horst, Haffner, und den Herren Stampa, Mair, Womms und Feiner dankbare gefällige Aufgaben. Als Weihnachtsgabe für die Jugend wurde diesmal das in den heimatischen Verzeichnissen Märchen „Hänsel und Gretel“ von Karl Straup gewählt. Die erste Aufführung desselben ist auf Montag angelegt worden.

Dieb'sches Stabliement. Heute beginnt der Vorverkauf zu der am Sonnabend, den 21. Dezember, stattfindenden rauchfreien Weihnachts-Vorstellung. In dieser Vorstellung treten auf: Glorio, Travestiekünstlerin — Siddons, Equilibristen — The Poncher's, Travestiekünstler — Abdallah und La Superbe in ihrem Pantomimspiel, beistellt Elektraz Traum — der jugendliche Violin-Virtuose Kunz Tripod — Carl und Lucia Melnich, Spezialist mit Schweißperlen und großer Fundamente — die weltberühmte Kaufmann-Truppe — Les Kleurs d'Orange, 14 Holländerinnen in ihrer prachtvollen Kostümszene — Mary und Alfred Morquardt, Tanz-Duo und das American-Vioscopo.

Die Ringkämpfe im Viktoria-Theater. Am Dienstag mußte die Entscheidung zwischen Pohl-Abel II und Müller infolge eines Unfalls bereits nach einigen Minuten abgebrochen werden. Heute Donnerstag stehen interessante Kämpfe bevor. Herr Max Voss, Amateur-Meisterkämpfer von Schießen hat die Direktion des Theaters erlucht, einen Kampf zwischen ihm und dem Neger Jha außerhalb der Konkurrenz zu ermöglichen. Jha hat sich sofort bereit erklärt, mit Herrn Voss zu ringen, der da den heutigen Donnerstag als ihm passend, bestimmte. Im Anschluß daran möchten wir noch auf die seit dem 16. neu eingetroffenen Spezialitäten aufmerksam machen, von denen namentlich die weltberühmten 3 Olympia in ihrer Darstellung plastischer Bildwerke nach der Antike genannt werden müssen und Lucia Ravello, die bekannte Spitzentänzerin der königlichen Hofoper in Berlin. Unter Landmanns Georg Schindler, der Mandarmonita-Virtuose, ist für die zweite Monatshälfte prolongiert worden.

Neueste Nachrichten.

Friedensfreunde.

London, 19. Dezember. (S. L. B.) Kriegsminister Salbanc hielt gestern in Hall eine Rede, in welcher er erklärte, daß vielleicht der Tag kommen werde, an welchem die Nationen das Prinzip der Einschränkung der Rüstungen verwirklichen können. Heute sei noch keine Nacht in der Lage, in individueller Weise Maßregeln zu ergreifen, welche auf diesem Prinzip beruhen. Er sei ein noch größerer Freund des Friedens als der deutsche Kaiser, der der Ansicht sei, daß der Frieden nur durch starke Rüstungen gesichert werden könne.

Quellensug.

Düsseldorf, 19. Dezember. (S. L. B.) Das Kriegsgericht der 70. Division verurteilte wegen Zweikampf mit tödlichen Waffen den Leutnant der Reserve, Major Rudolf Wiebe vom Infanterieregiment Nr. 82 in vier Monaten Gefängnis und den Major Friedrich Wilhelm Bellingrod vom Ulanenregiment Nr. 11 wegen Kartelltragens in einem Tag Gefängnis. Das Urteil wurde am 31. Oktober d. J. angetragen, Wiebe wurde dabei verlegt.

Gefällige preussische Lotterielose.

Wien, 19. Dezember. (S. L. B.) In Bobars bei Prag wurde ein Druckermeister wegen Massendruck von losen der preussischen Klassenlotterie verhaftet. Man fand mehrere Hundert Papiere und Losstypen. Die Lose sind von Posten in Russisch-Polen bestellt und dann nach Rußland geschmuggelt worden. Die armen „Gewinner“!

Russische Professorenjagd.

Odesa, 19. Dezember. (S. L. B.) Auf Antrag des Senators Kuzminsky wurde die hiesige Universität einer Revision unterzogen und dabei festgestellt, daß fortschrittlich gesinnte Professoren zur Verbreitung der revolutionären Bewegung unter den Studenten beitragen. Auf Befehl des Ministeriums für Volksaufklärung wurden gestern zwanzig Professoren entlassen. Der Rektor wurde amtlich verabschiedet.

Grenzverletzung in Afrika.

Paris, 19. Dezember. (S. L. B.) „Temps“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit einer angeblichen Grenzverletzung, die Deutschland in Afrika begangen haben soll. Es handelt sich um das angebliche Vorgehen deutscher Geschäfte aus Eldoret in Kenia, wo für 1500000000 Franc ein Gebiet für die Errichtung von 15 Millionen Franken gewonnen haben sollen und um die Verletzung von Bänder durch deutsche Truppen im Jahre 1905, am Tage nach

der Krönung Kaiser Wilhelms in Tanger. Die Zugehörigkeit von Bänder zu Frankreich sei durch die gemeinschaftliche Grenzverletzung nachgewiesen, obne daß Deutschland diese Verletzung nachtragen hätte.

Rom, 19. Dezember. (S. L. B.) Als der Papst gestern den neuen Kardinal des Sacret öffnete, betonte er in seiner Ansprache, der rote Hut sei nicht nur eine Belohnung für die Kardinalen selbst, sondern auch für das Volk, aus denen sie stammen. In der Rede des Papstes fiel allgemein der scharfe, erregte Ton gegen die Minister in Frankreich auf.

Ständesentliche Nachrichten.

Lotharing. II. Grete, T. des Arbeiters August Joachim, 6 Mon. — Eisenbahnarbeiterin Rosa Schubert, geb. Berndt, 78 J. — Geschäftsführender Karl Rapp, 35 J. — Fris. S. des Arbeiters Karl Stolz, 1 Mon. — Fris. Schlossermeister August Bach, 71 J. — Otto, S. des Buchdruckers Bruno Köhler, 8 Mon. — Konrad Kurt Gajel, 19 J. — Eisenbahnarbeiter Fritz Vogt, 19 J. — Maurerwitwe Anna Frede, geb. Heilmich, 52 J. — Arbeiterwitwe Johanna Franke, geb. Gafert, 62 J. — Charlotte, T. des Eisenbahnarbeiters Paul Wunderlich, 4 Mon. — Paul, S. des Eisenbahnarbeiters Carl Heintzel, 11 Mon. — Arbeiterin Karoline Wient, geb. Schmidt, 42 J. — Amstüchlerin Anna Heins, geb. Weiß, 37 J. — Bierkellnerin Emil Wagnard, 33 J. — Rotemarie, T. des Kaufmanns Carl Marx, 2 Mon. — Fris. Arbeiter Karl Kasper, 65 J. — Margarete, T. des Motorwagenführers Carl Scholz, 8 Mon. — Privatdozentin Marie Dittler, geb. Schmelz, 60 J. — Schumanns Anna Jurek, geb. Volker, 48 J. — Helene, T. des Arbeiters Carl Stenzel, 1 J. — Lagerhalter Robert Schner, 38 J. — Otto, S. des Motorführers Carl Schallwig, 4 Mon. — Josef, S. des Kutschers Carl Peter, 2 Mon. — Verm. Kammerdienerin Karoline Kuffert, geb. Wimmel, 75 J. — Pen. Zählmeister, Rechnungsführer Albert Müller, 72 J. — Fris. Federhändlerin Maria Müller, 77 J. — Erwin, S. des Druggisten Viktor Einbecker, 7 Mon. — Musiker Paul Elbe, 33 J. — Fris. Köchin Luise Erb, 74 J. — Verm. Klempnermeisterin Johanna Wohl, geb. Kaller, 88 J. — Fris. Postverwalter Carl Rubin, 35 J. — Charlotte, T. des Malermeisters Alfred Teiband, 4 J. — Martha, T. des Bäckermeisters Carl Liebert, 4 Mon. — Verehel. Maurer Pauline Hauptmann, geb. Heister, 55 J. — Schneiderin Maria Witzke, 51 J. — Fris. Arbeiterin Genevieve Weiß, geb. Ulrich, 81 J. — Fris. Tischlermeister Dominikus Bred, 88 J. — Wilhelm, S. des Schlossers Georg Köhler, 1 J. — Verm. Müller Luise Wintemann, geb. Heister, 67 J. — Verm. Fuhrwerksbesitzer Maria Niesch, geb. Gadsch, 62 J. — Hedwig, T. des Bäckers Hermann Hübner, 7 Mon. — Verm. Bäckerin Marianne Wojcik, geb. Pieper, 57 J. — Arbeiter Carl Wierger, 58 J. — Verm. Schuhmacher Rosalie Scholz, geb. Marehle, 67 J. — Verehelichte Expedientin Bertha Lucas, geb. Hofrichter, 66 J. — Verehelichte Stellmacherin Emma Schuppe, geb. Losmann, 68 J. — Gertha, T. des Schuhmanns Georg Wiedler, 3 Mon. — Erich, Sohn des Arbeiters Wilhelm Wallinck, 4 Mon. — Walter, Sohn des Schlossers Paul Waloschki, 1 Jahr. — Verehelichte Schieferer Susanna Baum, geb. Walter, 58 J. — Elisabeth, Tochter des Hefenbäckers Rudolf Müller, 3 Jahre. — Musik- und Besammlerhändlerin Fanny Demmig, 48 J. — Verehel. Tapezierer August Hoffmann, geb. Domina, 53 Jahre. — Verehel. Fuhrwerksbesitzer Emma Meißel, geb. Stephan, 39 J. — Hefenbäcker Jakob Stolna, 33 J. — Adolf, S. des Tischlers Fritz Heilcher, 4 Mon. — Elie, T. des Arbeiters Max Palm, 14 Tage. — Arbeiter August Voot, 50 J. — Verm. Klempner Friedrich Witzke, geb. Witzke, 80 J. — Verm. Klempnerin Clara Richter, geb. Bauer, 67 J. — Dorotea, T. des Kaufmanns Max Blum, 1 J. — Verehel. Agent Genevieve Caro, geb. Boehm, 49 J. — Bernhart, S. des Kaufmanns Paul Köwenstein, 2 Mon. — Kutscher Gottlieb Stadler, 51 J. — Verm. Volkshilf Anna Drobek, geb. Maurer, 66 J. — Kaufmann Oswald Moraw, 65 J. — Expedientin Emanuel Hahn, 80 J. — Margarete, T. des Freizeugehilfen Paul Schumann, 7 J. — Freier Josef Haas, 32 J. — Vortragslehrer Ferdinand Scholz, 60 J. — Verm. Rentner Johann Gahmann, geb. Dickschick, 76 J. — Toni, T. des Schenkwirtschafters Viktor Senner, 3 Mon. — Willi, S. des Motorwagenführers Oskar Barth, 1 Mon.

Vereins-Kalender.

Gewerkschaftshaus.

Die Gewerkschaften, Gesang-, Turn-, Radfahrer- und sonstige Vereine werden darauf aufmerksam gemacht, daß der große Saal des Gewerkschaftshauses noch frei ist für folgende Sonntage und Sonntage des ersten Quartals 1908:

4., 5., 11. und 26. Januar, 2. und 9. Februar, 8., 15., 22., 28. und 29. März.

Sonntags, den 21. Dezember: Zimmerer. Jeden Sonntags: Bahlabend. Sonntag, den 22. Dezember: Steinarbeiter. Vormittags von 10—12 Uhr: Kaffeitag im Zimmer Nr. 7.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Distrikt 8 (Obertor).

Bezirks 1 bis 5. Mittwoch, den 25. Dezember (1. Feiertag) von 5 Uhr Abends ab: Gemeinsames Beisammensein der Genossen und Genossinnen im Bezirkslokal Salzstr. 33.

Obertor. Öffentliche Volks-Versammlung Sonntag, den 22. Dezember, Nachmittags 4 1/2 Uhr, bei Fritz Schmidt. Tagesordnung: Berichterstattung vom Bezirksführer. Referent Oskar Schütz-Breslau. Frauen haben Zutritt.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Organisation der Sozialdemokratischen Partei für die Reichstagswahl in Breslau-Ost und West. — 6500 Mitglieder. — Abwandsbeitrag 30 Pf. — Die Bibliothek mit 1250 Bänden steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung; Bibliotheksführer jeden Montag von 7—9 Uhr Abends. Ausgabe von Büchern nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches. — Aufschlüsselung des Vorstandes an das Parteisekretariat, Neue Graupenstraße 5, II, zu richten, das an Wochenenden von 8—11 und 4—7 Uhr geöffnet ist; Telefon Nr. 3141. Im Parteisekretariat werden jederzeit neue Mitglieder aufgenommen und sind Kandidaten für die Parteiführer zu haben. Mitgliedsbucher können im Parteisekretariat nicht bestellt werden. — Zahlungen des Bezugs jeden zweiten Montag im Monat in den Bezirkslokalen. Abrechnung der Bezirksführer jeden zweiten Montag im Monat in den Bezirkslokalen. — Vorsitzender des Bezirksbezugs: Sekretär Paul Schütz, Vorsitzender der Bezirkskommission: Sekretär C. Prolla, Sommerstraße 26; Vorsitzender der Bezirkskommission: Parteisekretär C. Schütz, Neue Graupenstraße 5.

Parteigenossen!

Agitiert unablässig für die Parteiorganisation, den Sozialdemokratischen Verein. Aufnahmeweisung sind bei den Bezirks- und Bezirksführern oder im Parteisekretariat, Neue Graupenstraße 5, II, zu richten, das an Wochenenden von 8—11 und 4—7 Uhr geöffnet ist; Telefon Nr. 3141.

Partei-Angelegenheiten.

Gemeindevahlen in Bremen. In Binaft bei Bln wurde in der dritten Abteilung der sozialdemokratische Kandidat mit 21 Stimmen gegen 191 der vereinigten Liberalen und Christen-Verfechteren gewählt.

In Bismarck wurden im 4. Bezirk bei der Wahl in der dritten Klasse drei Sozialdemokraten mit 87-89 Stimmen gegen 28 bis 31 der Gegner gewählt. Die Sozialdemokratie hat in Bismarck jetzt 16 Mandate, die gesamte Vertreterschaft der dritten Klasse ist in ihren Händen.

Vom Fortschritt der Presse. Seit längerer Zeit schon ist die Abonnentenzahl der „Volkswacht“ zu Frankfurt a. M. in stetigem Wachsen und besonders in diesem Jahre hat sie einen erfreulichen Aufschwung genommen, so daß die Parteiführer den Ankauf von geeigneten Gebäuden vornehmen mußten. Das Grundstück Großer Fischgraben 17 wurde erworben. Der Umbau ist jetzt fertig und die Räume sind ihrer Bestimmung übergeben worden. Große helle Räume sind für die Redaktion und Expedition geschaffen. Auch für den Zeitungsverkauf und das Druckgeschäft sind neue Säle erworben und eine neu aufgestellte Maschine besorgt neben der bereits vorhandenen eine schnelle Bedienung der Abonnenten. Ein wichtiger großer Lichthof gibt den neuen Anlagen das Aussehen eines großen Fabrikbetriebes. Die Gebäude stehen vorläufig auf eine lange Reihe von Jahren und außerdem sind noch zwei große Flügel zur eventuellen späteren Benutzung vorhanden.

Die Gemeindevahlen in Bern. Die Bürgerchaft der Stadt Bern bestellte die sieben bürgerlichen Mitglieder des Gemeinderates. Zwei Wahlen, für welche nur die Sozialdemokraten konturverten stehen noch aus. Die Wählererneuerung des Stadtrates nach dem proportionalen Wahlverfahren ergab, daß neun Sozialdemokraten, acht Liberalen und drei Konservative gewählt wurden. Unter Gruppen haben einen Sitz von den Konservativen gewonnen.

Arbeiterbewegung.

Aussperrung der Tabakarbeiter in Emmerich. In Emmerich, einem Städtchen von vielleicht 10,000 Einwohnern, an der holländischen Grenze gelegen, spielt sich ein erster Kampf zwischen Kapital und Arbeit ab. Die dortigen Raucherfabriken waren im vorigen Jahre gezwungen worden, einer Forderung auf Lohnerböschung nachzugeben. Diese Schmäderung ihres Profits ging ihnen zu Herzen und sie versuchten nun den Lohn wieder dadurch heruntersetzungen, daß sie schlechtes Material verwendeten. In der Tat erreichten die Zigarrenarbeiter den Lohn um nicht mehr den sie vor der Bewegung erzielten. Besonders schlimm war es in dieser Beziehung bei der Firma Müller u. Comp., und wurde der Arbeiterschutzbund zu verschiedenen Malen vorzeitig, um auf gutlichem Wege Abhilfe zu schaffen. Aber sowohl diese Verhandlungen als diejenigen der Vertreter des deutschen Tabakarbeiter-Verbandes waren erfolglos, die Differenzen spitzten sich vielmehr in einer Weise zu, daß sämtliche Arbeiter bei Müller arbeitslos wurden. Die organisierten Tabakarbeiter verhängten nun die Sperre über Emmerich und veranfaßten eine Anzahl unverbesserter Kollegen, den Ort zu verlassen. Jetzt entließen die Unternehmer die Vorstands-Mitglieder des Verbandes. Dies war das Zeichen für die noch arbeitenden Mitarbeiter, die Kündigung einzureichen. Die Unternehmer machten, anstatt eudlich Verhandlungen anzubahnen, bekannt, daß, wenn die Differenzen bei Müller nicht schleunigst beigelegt würden, sämtliche Tabakarbeiter und Arbeiterinnen, mit Ausnahme der Sortierer, ausgesperrt würden. Die Letzteren erklärten sich aber sofort mit den übrigen Arbeitern solidarisch und beschloßen, in den Streik zu treten, wenn die Aussperrung erfolge. Der Arbeitgeber des Ortes hat sich schon große Mühe gegeben, um die Sache beizulegen, aber bis jetzt ohne Erfolg. Die Arbeiter wollen die Arbeit aufnehmen, wenn ihnen besseres Material geliefert wird; sie wollen nur den Lohn erzielen wie früher. Den Unternehmern aber ist es um eine Perzentualminderung der Organisation, des deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, welchem alle Arbeiter angehören, zu tun. Daß die Aussperrung einen schweren wirtschaftlichen Schaden für den Ort im Gefolge hat, kann man daran erkennen, daß bei der kleinen Einwohnerzahl des Ortes etwa 300 Arbeiter und Arbeiterinnen in Betracht kommen.

In der Aerosengas-Gesellschaft zu Hannover ist es wegen fortgesetzter Differenzen zum Streit gekommen. Beteiligt sind Decher, Schloffer, Kemmerer usw. Zugang von Metallarbeitern ist fernzubalten. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Achtung, Schiffszimmerer! Sieben Wochen löst der Kampf bereits bei der Firma Günther in Caputh. Noch immer glaubt der Unternehmer auf dem Lohnabzug beharren zu können. Die Situation

für die St. kenden ist sehr günstig. Schiffszimmerer allerorts! Halte den Zugang von Caputh fern!

Die Unternehmer im Leipziger Baugewerbe wollen den Kampf. Der Arbeitervorstand des Baugewerbes in Leipzig hat mehrere Blätter zum Arbeiterorganisations, die 8000 Personen umfassen, den jetzt bestehenden Tarifvertrag gekündigt. Der vom deutschen Arbeitgeberbund ausgearbeitete neue Tarif enthält weder eine Lohnerböschung noch eine Verkürzung der Arbeitszeit.

Auf eine rechtliche Besserstellung der Handelsangeestellten zielt eine Eingabe ab, die vom Leipziger Ortsverein des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands in einer öffentlichen und in einer Mitgliederversammlung an den Reichstag und an den Bundesrat zu schicken beschlossen wurde. Darin wird erucht, den § 74 des Handelsarbeitsbuches so zu ändern, daß die Konkurrenzlaufe fällt, wodurch der § 75 überflüssig wird; ferner soll dem § 63 zwingende Kraft verliehen werden, entgegen der jetzt beabsichtigten Verschlechterung dieses Paragraphen.

Droschkentuschergewerkschaft in New York. Tausend Droschkentuschler sind in den Ausstand getreten und verlangen Erhöhung der Löhne sowie kürzere Arbeitszeit.

Der Bergarbeiterkrieg in Nevada. Wie aus Goldfield (Nevada) gemeldet wird, hat die Regierungskommission zur Untersuchung des dortigen Bergarbeiterkriegs festgestellt, daß die Ursache der Unruhen in einem schon seit zwei Jahren tobenden Streit zwischen dem amerikanischen Arbeitshund und dem Westlichen Bergarbeiterverband liegt. Der Bund beschuldigt den Bergarbeiterverband, den Kampf mit Bomben und Revolvern zu führen, um seinen Rivale aus dem Wege zu räumen. Bewaffnete Zusammenstöße und Mordtaten seien infolgedessen an der Tagesordnung. Die Bergarbeiter versichern dagegen, daß die Unruhen von den Arbeitgebern angezettelt würden, die Gewerkschaftsbewegung in Mißkredit zu bringen.

Kellnerausperrung in Stockholm. Die Kellner der Ausschanklokale des „Göteborgslynet“ zu Stockholm sind am Sonntag ausgesperrt worden. Sie hatten Verbesserung ihrer elenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse verlangt, sollten aber statt dessen jeder einzeln durch Unterschrift verpflichtet, zu den alten Bedingungen weiter zu arbeiten. Da sie sich dessen weigerten, mußten sie ihre Plätze verlassen und man zwang ihnen sogar ihre Logis, so daß sie gezwungen waren, anderswo Schlafstellen zu suchen. Das „Göteborgslynet“ ist bekanntlich eine Gesellschaft, die den humanitären Zweck verfolgt, der Schnapspest entgegenzuwirken, und ist deshalb mit Ansehens-, Verkaufs- und Preisfestsetzungsmonopolen ausgestattet.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 19. Dezember 1907.

Geschichtskalender.

19. Dezember.

1741 Der russische Entdeckungseisende Vitus Bering stirbt auf der nach ihm benannten Insel.

1890 Der sozialistische Schriftsteller César de Paepe in Brüssel ?

Wie Terroristmülligen entstehen. Wenn in irgend einem Winkelblatte aus irgend einer Ecke des deutschen Vaterlandes irgend eine noch so blödsinnige Meldung von einer angeblichen Terrorisierung Unorganisierter oder anders Organisierter durch freie Gewerkschaftler auftaucht, stugt sich auch die Breslauer bürgerlichen Zeitungen aller Couleuren — nicht etwa bloß die große Scharfmacherin mit dem Vogel im Kopfe — auf dem Plane, um voller moralischer Entrüstung ihren Lesern das Märlein aufzubinden. So war es auch dieser Tage wieder einmal. Die Berliner „Volkswacht“, die sich sonst so gern und wohlgefällig mit einem arbeiterfreundlichen Mantel drapiert, hatte vor einigen Tagen folgenden handgreiflichen Unsinn gebracht: „Entweder Verbandsmitglied oder brotlos“.

Ein bedenklicher Fall von Terrorismus ist in Spanien vorangefallen. In Kaisers Kaffeebrennerei, die im Laufe dieses Jahres von Berlin nach Evandau überfiedelt ist, hatte vor einigen Tagen die Witwe Schulz, die fünf un-mündige Kinder hat, Arbeit erhalten. Am dritten Tage ihrer Beschäftigung trat die Obmännin des Deutschen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes an sie heran mit der Aufforderung, dieser Organisation beizutreten. Als eine ablehnende Antwort erfolgte, erklärte die Obmännin, es gäbe hier

einige Blätter. „Entweder Sie treten dem Verbands bei, oder Sie sind brotlos.“ Die Witwe wurde veranlaßt, logisch mit ihrer Arbeit aufzuhören; sie wandte sich um Schutz an den Meister und schließlich an den Betriebsleiter; dieser suchte die Arbeiter und der Meister sagte: „Ich bin mit Ihrer Arbeit zufrieden, aber Sie müssen dem Verbands beitreten, wenn Sie weiter arbeiten wollen.“ Die Witwe mußte die Fabrik noch an demselben Tage verlassen. Sie besaß eine Unter-sicherung von der Felbgewerkschaft, weil ihr Mann bis zu seinem Tode in einer Fabrik der Militärverwaltung beschäftigt gewesen ist; dem Verband konnte sie schon aus dem Grunde nicht beitreten, weil sie befürchten mußte, daß ihr alldann wegen Zugehörigkeit zu einer sozialdemokratischen Organisation die Unter-sicherung würde entzogen werden. Die Frau ist also durch das Vorhaben des Verbandes brotlos geworden.

Flugs waren der hiesige „Generalanzeiger“, der sich in seiner Arbeiterfreundlichkeit oft rüchricht auskennt, und das Organ für Wahrheit und Recht, die „Schlesische Volkszeitung“, beim ihr Ableger, die „Schlesische Nachrichten“, zur Stelle, und mit Behagen brachten sie die das Lügenmärchen am vorigen Montag ab, obgleich bereits in seiner Sonntagsnummer der „Vorwärts“ die folgende Richtigstellung der Sache gebracht hatte.

Etwa Mitte des Oktober nahm, auf Veranlassung des Meisters Deibel, besaß Frau Schulz in der Kaffeebrennerei Arbeit. Als dieselbe einige Wochen (nicht am 3. Tage, wie es in der „Volkswacht“ heißt) im Betriebe arbeitete, machte die Vertrauensperson der weiblichen Arbeiter sie auf die Zweck und Ziele der Organisation aufmerksam und legte ihr in ruhiger Weise dar, daß sie, da alle Arbeiter organisiert und mit besagter Firma im Tarifverhältnis stehen, sich auch in den Verband aufnehmen lassen möchte. Darauf lachte die betreffende Frau und erklärte: „Unter keinen Umständen trete ich in Ihren Verband, ich höre lieber mit der Arbeit auf“.

Als am anderen Tage ein Vertrauensmann bei der Frau Schulz vorsprach und ihr sagte, daß sie keine Befreiungen haben möge, daß sie aus der Arbeit gebracht werde und sie nur zu ihrem eigenen Vorteil der Organisation beitreten soll, damit sie vereint mit ihren anderen Arbeitskollegen sich besser Lohn- und Arbeitsverhältnisse erringen könne, erwiderte dieselbe Frau, daß sie einfach die Arbeit verlassen würde, und worauf sie ihre Arbeit fortsetzte und am anderen Tage (nicht am selben Tage) ihre Papiere verlangte. Bemerkte man noch werden, daß Frau Schulz einigen ihrer Mitarbeiter gegenüber erklärte, daß ihr die Arbeit nicht aufsaße. Soweit der Sachverhalt.

Wir fragen, wo denn unter solchen Umständen der Terrorismus liegt. Aber selbst wenn die Sache sich so zugegetragen hätte, wie die „Volkswacht“ berichtet, hätten sie und hätten mit ihr der „Generalanzeiger“ und die „Nachrichten“ ihre Entrüstung wahrlich mit größerem Recht nach einer anderen Seite verfrachten sollen. Sie schließen ihren Anwurf gegen die Arbeiterchaft, indem sie von der angeblich Terrorisierten schreiben:

„Dem Verbands konnte sie schon aus dem Grunde nicht beitreten, weil sie befürchten mußte, daß ihr alldann wegen Zugehörigkeit zu einer sozialdemokratischen Organisation die Unter-sicherung würde entzogen werden. Die Frau ist also durch das Vorhaben des Verbandes brotlos geworden.“

Wenn die Darstellung der bürgerlichen Blätter richtig gewesen wäre, dann wäre doch die Frau nur aus Furcht davor vom Verbands ferngeblieben, daß ihr von der Behörde ihre Witwenrente entzogen werden würde. Wie nennt denn der „Generalanzeiger“ das? Finden die frommen „Nachrichten“ für diesen Terrorismus kein Wort der Entrüstung? Aber wie gesagt, die ganze Sache liegt tatsächlich so, daß weder der Verband noch dessen Vertrauensmann mit dem Brotkloberden der Frau irgend etwas zu tun haben. Selbst die „Schles. Ztg.“ hat es nicht gewagt, ihren Lesern den neuesten Terroristmülligen aufzubinden, die „Nachrichten“ aber und der „Generalanzeiger“ haben es bis heute noch nicht für nötig gefunden, ihren Lesern den wahren Sachverhalt mitzutellen. Sie scheinen um die Ehre zu gehen, von der berüchtigten Korrespondenz des Reichsverbandes als Lügenquelle zitiert zu werden. Den Ruhm gönnen wir ihnen von Herzen.

Stadt-Theater.

„Liesland“ von Eugen d'Albert.

Zum großen Leidwesen seiner zahlreichen Verächter zieht sich der bösen Labierspieler einer immer mehr vom Konzipitodum geübt, um sich auf einem Felde zu betätigen, das ihm nie den Reiz gebracht hätte. Seine Kompositionen sind Einfälle des Augenblicks, nicht ergründet, und ihr Bestand auf dem der Mode fast unterworfenen musikalischen Markt ist dementsprechend. Einige seiner Lieder — „Stimme und Schmetterling“, „Mittelalterliche Demuschmme“ u. a. — haben sich bis in die neueste Zeit als allezeit wirksame Schläger erwiesen, aber seine Bühnenwerke haben sich stets nur auf kurze Frist auf dem Repertoire erhalten; selbst das lebenswürdige musikalische Lustspiel „Die Abreise“ ver-schwand regelmäßig nach einigen Aufführungen von dem Spielplan. In seiner am Mittwoch hier zur Erkaufführung gelangten Oper „Liesland“ — die Uraufführung fand 1903 in Prag statt — versucht d'Albert einem seriösen Stoffe beizukommen. Das Verzeichnis stammt von Dr. Rudolf Lothar und ist dem Spanier entnommen: im Ganzen wirksam, allerdings nicht immer genügend logisch und von einem Ueberfluß an Episoden, besteht die Operade oft durch ihre Unklarheit und Unübersichtlichkeit. Andererseits fallen antiquierte Nebenhandlungen auf, wie wir sie in altitalienischen Operndüchtern heute belächeln. Die Handlung spielt teils in den Pyrenäen, teils in Liesland von Katalonien. Pedro, ein junger Hirt, wird von seinem tyrannischen Herrn Sebastian von Maria verheiratet, die bis dahin die Geliebte Sebastians gewesen. Der ahnungslose Pedro erfährt erst nach der Hochzeit, welche Vergangenheit sein Weib hat, und wendet sich zum Verteidiger seine Ehre, indem er seinen Herrn, der den Verstoß mit Maria forsetzen möchte, und sie nur wegen einer reichen Heirat aufgegeben hat, im Kampfe tötet. Mit seiner nur erst erzwungenen Frau zieht Pedro wieder in die Berge. — Die Musik zu diesem an sich nicht uninteressanten Stoffe unterwirft sich nicht der modernen leitmotivischen Behandlung des Librettos, sondern sucht lediglich Stimmung zu erzeugen. Daher sind denn die Kompositionen auch jene Stellen am trefflichsten geraten, die ohne Textunterlage das Milieu schildern, zum Beispiel im Anfang des Vorplatzes die Morgenämmerung und im ersten Akt die Abendstimmung. Ein eigenartiges, von virtuoser Handhabung der musikalischen Farben zeugendes Kolort hebt diese künstlerischen Zeichnungen bedeutend. Modern im wahren Sinne des Wortes ist d'Albert nur an einigen Stellen, in denen recht ver-zwickte Tonfolgen den Sängern harte Mühe zu machen geben. Im Allgemeinen liegt die thematische Arbeit ziemlich natürlich und mit Empfindung, mehr kritischen Charakters und leider jeder dramatischen effektvollen Steigerung abhold. Ein weiterer Vor-

zug der d'Albert'schen Instrumentation ist, daß sie niemals den Sänger bedrückt. Wenn dies bei der geistigen Aufführung demnach manchmal geschah und den Trägern der ohnehin anstrengenden Hauptrollen das peinvolle Ringen mit dem Orchester anzumerken war, so wird es in den weiteren Aufführungen die Sache des Herrn d'Albert sein, diese Massen abzuhängen. Im übrigen war die Oper auf das trefflichste herausgearbeitet worden, und der langanhaltende Beifall, der an den Musikanten erkörnte und am Ende der in jeder Beziehung interessanten Oper den anwesenden Autor, den Kapellmeister und die Mitwirkenden wiederholt lebhaft hervorrief, war vollaus berechtigt. Im Interesse der Wirkung wird es sich vielleicht empfehlen, im zweiten Akt den Kostümwechsel zu lassen und die Erzählungen und wiederholten Auseinandersetzungen erheblich zu kürzen. Anklänge an bereits Dagewesenes, wie „Carmen“ und „Tristan“ sind fast unvermeidlich; sehr angenehm fielen einige außerordentlich melodische Einfälle und ihre überaus geschickte und diskrete Verwendung auf. — Die Aufführung ließ fast keinen Wunsch unbefriedigt. Allen voran zühndeten die temperamentoollen Leistungen von Frau Verhunk und Herrn Günther-Strauß, in minder großem, aber immerhin bedeutsamen und schwierigen Partien erzielten die Herren Beeg und Witterkopf, in kleineren Rollen der charakteristischste erfahrene Müllerstreich des Herrn Drwald und Herr Lücke. Drei Plätze wurden von den Damen Mac Grew, Reisch und Faffe etwas zu ein-tönig dargestellt; von rührender Einfachheit war dagegen Frau Wolter. — Die beiden neuen Dekorationen aus dem Atelier von Josef Benesch sahen sehr hübsch aus.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Ein neues narkotisches Mittel. Der Akademiker Rehnert kündigte Mittwoch in der Pariser medizinischen Akademie eine Entdeckung an, die er seit einigen Jahren praktisch erprobt habe. Es handelt sich um ein neues narkotisches Mittel, dem er den Namen „Novocain“ gibt. Dieses neue Schlafmittel ist unschädlich für die Herzstätigkeit. Der Erfinder hat bereits mit dem neuen Mittel Nar-kosen von 20 Minuten und länger erzielt.

Aus aller Welt.

Verhungert! Seit Wochen wurde in den Wäldern an der Oberspre und der Müggel von Ausflütern eine Gestalt beobachtet, die jedem Kuch und Schreden einflüßte. In der Nähe bei Grünau, auf einer Waldwiese, wurde Mittwoch die völlig abgegrübte Leiche des keltischen Wanderers gefunden, die einen entsegenreg-

den Anblick bot. Der ärztliche Befund ergab, daß der aufgefundenene Mann im Walde verhungert war. Der Tote ist im Berliner Schanhaus als der 36jährige Konfektionsschneider Adolf Hartmann aus der Eckstraße zu Wixdorf rekonozziert worden. Er war vor etwa drei Wochen aus seiner Wohnung verschwunden und ist seitdem gesucht worden. Hartmann, ein ordentlicher und fleißiger Mann, war vor einiger Zeit arbeitslos geworden. Er bemühte sich selbst erfolglos um neue Beschäftigung und geriet mit seiner aus dem Ehepaar und drei Kindern bestehenden Familie in die bitterste Not. Sein Stüdchen Brot war mehr im Hause, um den Hunger der Kinder zu stillen. Eines Vormittags schrie Hartmann verzweifelt: „Ich kann das Elend nicht mehr asehen!“ und lief ohne Kopfbedeckung aus dem Hause. Drei Wochen lang ist der Unglückliche dann in den Wäldern an der Oberspre umhergeirrt, sein Leben mühsam mit Wurzeln und dergleichen fristend, bis es schließlich dem Hungerode in der einsamen Weide erlegen ist.

Abenteurer zweier Sinenoffiziere in Berlin. Daß ein falscher Hauptmann eine Truppe Soldaten kuppert und die In-fassen eines ganzen Rathauses dazu, hat der Fall des Hauptmanns von Pöpendt gelehrt. Es kann aber auch der ungelährte Fall eintreten, daß echte Offiziere für verkleidete Ab-tücker gehalten werden, und daß sie in Gefahr kommen, verhaf-tet zu werden. Ein Abenteurer dieser Art beschäftigte das Kriegs-gericht der Garde-Kavallerie-Division. Am 8. Oktober befanden sich der Hauptmann Hiesler und der Leutnant Wölffert auf der Dienstreise von Danzig nach Dortmund in Berlin. In Dort-mund sollten sie einen Rekrutentransport übernehmen. Sie kamen Nachts auf dem Bahnhof Friedrichstraße in Berlin an und be-gaben sich zum Lehrter Bahnhof, wo sie um zwei Uhr eintrafen und Lir und Lor geschlossen fanden. Wohl über lübel mußten sie ein nahes Lokal aufsuchen, und wohl in Unkenntnis der Berliner Verhältnisse gerieten sie in das Cafe Wambrau, das in der Kolonialhalle liegt. Ihr Erscheinen rief unter den Gästen, die aus einem benachbarten Lokal kamen, großes Erschrecken hervor. Es wurde hin und her gesehelt, und schließlich warden sich alle darüber einig, daß die beiden Offiziere verkleidete Ab-tücker seien, die sich einen herabgehenden Falschschuß erlaubt hätten. Ein anwesender Unteroffizier, Müller mit Namen, von der zweiten Eskadron des zweiten Garde-Regiments, beschloß, den beiden Offizieren vor der Hand eine zweite Identifikation zu bewahren. Als die beiden Offiziere in das Morgengrauen hinausstraten, um ihren Frühzug nach Dortmund aufzunehmen, sollte ihnen Müller

Die Eingemeindung von Gräbchen hat sich zu einem scharfen Konflikt zwischen den Vertretern unseres Magistrats und denen der Kreisverwaltung ausgewachsen. Die Gründe, die den Breslauer Magistrat bewegen haben, die Eingemeindung jenes Vororts in die Wege zu leiten, sind bekanntlich folgende:

Gegen Ende der neunziger Jahre habe in Gräbchen eine starke Behausung eingeleitet, und es sei daselbst eine größere Anzahl kleiner Wohngebäude errichtet worden, die aber sämtlich keine geordnete Wasser- und Entwässerung hätten. Alle Flüssigkeiten aus den Grundstücken würden heute in die offenen Gräben geleitet und verpesteten die Luft. Dieser Uebelstand mache sich besonders bei den heißen Monaten, die sich an der Grenze der städtischen Weichbilder hinziehen, Droschl biselsten nur zur Aufnahme der Niederschlagswasser bestimmt seien, so seien demnach in sie auch Schmutzwasser hineingeleitet worden. Auch die Beschaffung eines brauchbaren Trinkwassers für diese Grundstücke bereite Schwierigkeiten. Insbesondere habe die mangelhafte Wasser- und Entwässerung bereits mehrfach sanitäre Uebelstände hervorgerufen. Eine gute Wasserleitung und Kanalisation zu schaffen, wird dem Ort große Schwierigkeiten bereiten. Nur durch den Anschluß an Breslau sei eine Verbesserung der Verhältnisse erreichbar.

Gegenüber diesen unserm Grachten ohne weiteres im öffentlichen Interesse wingenden Gründen hatte, wie unsere Leser wissen, auf Veranlassung des Bezirksausschusses der Kreisverwaltung ein Gutachten abgegeben, das sich wie einmütlich schroff ablehnend verhält. Unsere Leser wissen, daß in jenem Gutachten jedes öffentliche Interesse an der Eingemeindung, namentlich in sanitärer Beziehung gänzlich unberücksichtigt wird; dagegen wird behauptet, daß die Eingemeindung ein schwerer Eingriff in die berechtigten Interessen des Kreises besonders in steuerlicher Beziehung sei. An diesem Gutachten hatten dann am Sonnabend auf dem Schlesischen Städtetage der Stadtrat Dr. Gasse und Oberbürgermeister Dr. Wendler eine sehr gerechtfertigte Kritik geübt.

Diese Kritik hat nun wieder dem Landrat Dr. Wischellaus Veranlassung gegeben, sich auf dem gestrigen Kreistage des Landkreises mit bezeichnender Ausfälligkeit gegen die Vertreter der Stadt zu wenden. Die „Breslauer Zeitung“ berichtet darüber:

Dr. Wischellaus führte aus: Man habe ja von vornherein nicht zweifeln können, daß in den Verhandlungen des Städtetages eine gewisse Einseitigkeit in der Behandlung von Eingemeindungsfragen zutage treten würde; daß aber eine derartige Einstellung von Tatsachen, wie sie tatsächlich erfolgt ist, erfolgen könnte, habe man nicht für möglich gehalten, wenn nicht das absolute Ignorieren der Interessen des Landkreises. Man gebe wohl nicht fehl in der Annahme, daß Herr Stadtrat Gasse seine Erfahrungen nur hier in Breslau gesammelt habe; denn in vielen anderen Städten lägen doch die Verhältnisse vielfach ganz anders. Hier sei es so, daß sich die Vororte nur unter großen Schwierigkeiten, die ihnen von der Stadt bereit werden, zu autonomen Gemeinden entwickeln können. Bei den Eingemeindungsverhandlungen werde in der Regel ein gewisser Unbill mit gewissen Redensarten getrieben; es würden Verdrehungen gemacht, die sich dann nicht immer erfüllen ließen. Eine einseitige Persönlichkeit aus der Stadterwaltung habe einmal die Versicherung getan, man müsse die Entwicklung der Vororte nach Kräften zu verhindern suchen, damit man diese Orte um so leichter zur Eingemeindung bringe. Er — der Landrat — habe im letzten Jahre immer mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Vororte eigene Behausungspläne aufstellen. Auch Anlagen und Plätze sollen geschaffen werden, und wenn die Großstadt hierauf im Interesse ihrer Bürger besonderen Wert lege, so sei es geboten, daß sie diese Anlagen bezahle. Er sehe keinen Grund dafür ein, daß das nicht geschehen könne. Daß die eingemeindeten Orte für ihre lokalen Wünsche und Bedürfnisse nicht immer das rechte Verständnis finden, sei durch die bisherigen Eingemeindungen darzulegen. Wenn Herr Gasse von einem egoistischen Verfahren redet und dabei behauptet, daß der Kreis von den Vororten die meisten Steuerbeiträge bezahle, ihnen aber recht wenig Gegenleistungen liefere, so zeuge das von einem Mangel an Verständnis für die Aufgaben des Kreises. — Die „Schles. Ztg.“ regüriert hier sogar, daß der Landrat diese Behauptung als „eine unrichtige und wirklich dreiste Verallgemeinerung bezeichnen habe.“ Grundfalsch sei die Ansicht, daß der Kreis für die einzelnen Gemeinden im Verhältnis zu der Höhe ihrer Steuerleistungen zu sorgen habe. Mit dem gleichen Recht könnte man der Stadt entgegenhalten, daß sie die schlechtesten Beleuchtungen habe, obgleich es sehr viele Steuern zahle. Mit dem Worte „öffentliches Interesse“ werde ein Wischen gespielt. Jeder Kleinort noch Dürren sei aus öffentlichen Interesse eingemeindet worden, sondern nur im Interesse der Stadt. Der dem Landrat zum Vorwurf gemachte

Grundsatz sei auch auf seinen Ort zu finden. Wenn man die großen Fabrikabfälle aus dem Stadt nach den Vororten verdrängt habe, wolle man sich der Vororte bemächtigen, um die guten Steuerzahler zurückzubekommen. Auch eine Verheerung des Oberbürgermeisters Dr. Wendler, die dieser in einer Rede in der Versammlung des Städtetages getan hat: daß der Landrat heute ein Willkürherrscher zwischen einem Verbände von Gemeinden und einer Gemeinde sei, gab dem Redner Anlaß zu bitteren Worten. Er wolle eine solche Behauptung nur als eine Geseh und Losigkeit bezeichnen, die mit aller Schärfe zurückgewiesen werden müsse, und er gunderte sich, daß ein so kluger und erfahrener Mann, wie der Herr Oberbürgermeister, verassen könne, daß hinter den Worten auch noch Menschen wohnen.

In der Diskussion stimmten Graf Harrach und Herr vom Rath den Ausführungen vollkommen zu, sie dankten dem Landrat für das Interesse, das er an dem Landkreise nehme. Nur Ritteraufseher Scholländer war anderer Meinung. Die Vororte hätten bedeutend größere Lasten zu tragen, als die weiter abliegenden Gemeinden. Die Lasten seien fast unentrichtlich und der Kreis komme nicht zu Hilfe. Wenn man die Eingemeindung nicht haben wolle, dann solle der Kreis mit materieller Hilfe einsteigen. In Kleinburg habe der Kreis nie etwas getan. Dr. Wischellaus erwiderte, daß dem Kreise noch niemals bündigere Anträge zugegangen sind. Die Versammlung nahm den Antrag des Bezirksausschusses schließlich einstimmig an.

Daß sowohl der Stadtrat Gasse wie der Oberbürgermeister mit ihren Ausführungen auf dem Städtetage ins Schwarze getroffen haben, das beweist uns gerade die auf dem Kreistage mit so dankenswerter Offenheit kund gegebene Gereiztheit und Nervosität.

Was man sich in den Polizeikriben erzählt. Wegen Verleumdung des Polizeikommissars Konrad Martin vom dritten Polizeirevier hatten sich gestern die Schulleute Wilhelm Döppel, Gustav Adolph und Karl Glasner, sowie der frühere Schulleiter Hermann Katorz und der Destillateur Mar Schenkalski vor dem Schöffengericht zu verantworten. Sie hatten sich gegenseitig und auch anderen Leuten gegenüber von dem Kommissar Geschwätzen ehrenrühriger Natur erzählt, die nicht erweislich wahr gewesen sind. Der Kommissar hatte ein Liebesverhältnis mit einem Mädchen unterhalten. Später brachte dieses Mädchen eine Alimentationsklage an gegen einen anderen Mann, mit dem es ebenfalls ein Verhältnis unterhalten habe. In diesem Prozeß beschwerte der Kommissar, mit der Klage innerhalb der gesetzlichen Empfangszeit keinen Verkehr mehr gepflegt zu haben. Der Beklagte wurde daraufhin zur Alimentation verurteilt. Die Schulleute klagten nun ein, daß der Kommissar sich ein Verbrechen an dem Kommissar im Auslande begangen habe und zurückgekehrt sei, verbunden könne, daß die Aussagen des Kommissars in jenem Prozeß unrichtig seien. In jenem Verichte lag also gegenüber dem Kommissar der Vorwurf des Meineides. Weiter erzählte insbesondere der erste Angeklagte, er habe vor längerer Zeit die Inhaberin einer Restauration mit Namenbedienung, Martha Dlugas von der Friedrichstraße, Ecke Neue Gasse, wegen Ueberschreitung der Polizeijahre zur Anzeige gebracht. Diese habe ein Strafmandat über 15 Mark erhalten, das von dem Kommissar, der in jenem Lokal zu verkehren pflegte habe, bezichtigt worden sei. In Bezug auf die Angeklagten Adolph, Glasner und Schenkalski kam es vor Gericht zu Vergleichsverhandlungen. Diese hatten sich zwar ebenfalls über jenes Verbrechen bezüglich des Alimentationsprozesses unterhalten, aber daneben auch Zweifel in seine Richtigkeit gesetzt. Der Kommissar erklärte sich deshalb bereit, gegen sie den Strafantrag zurückzugeben. Die Verhandlung wurde deshalb auf eine Stunde ausgesetzt und mitterweile war auch das Einverständnis des Polizeikommissars mit der Zurücknahme des Strafantrages eingetroffen. Adolph war übrigens derjenige, der dem Kommissar die Mitteilung gemacht hatte, daß Koppelt verlebende Gerichte wider ihn auszureu. Sonst wurde die Anklage durch die Zeugenaussagen des Sachmanns Stanke gestützt. Stanke hat eine auffallend geräucherte Gesichtsfarbe und gibt an, früher habe er zwar gern ein Glas Bier getrunken, seit März d. J. sei er aber unter die Temperenzler gegangen. Die Verteidigung nicht sein Zeugnis durch die Behauptung zu entkräften, daß er früher Gewohnheitsstrinker gewesen sei und ein genaues Er-

innerungsbedürfnis wahrscheinlich nicht besitze. Der ganze Gesichtsausdruck sei der eines Gewohnheitsstrinkers und es sei auch bekannt, daß gerade solche Leute sehr häufig in das entgegen-

gesetzte Extrem verfallen und unter die Temperenzler gingen. Der Kommissar bestritt, vor Gericht eine falsche eideschwur Aussage gemacht zu haben und ebenso bestritt die Restaurateurin Dlugas, daß der Kommissar für sie eine Strafe bezahlt habe.

Der Stadtmagistrat beantragte gegen Koppelt eine Geldstrafe von 150 Mark und gegen Jakob eine solche von 50 Mark. Das Urteil lautete auf 80 bezw. 30 Mark Geldstrafe. Gegen die anderen drei Angeklagten war das Verfahren einzustellen.

Der Prozeß Biewalds gegen die Stadt

Breslau hat wieder einmal recht deutlich die Widersinnigkeit des preussischen Tumultgesetzes dargetan. Die Stadt Breslau hat den Prozeß durch alle Instanzen verfolgt, um gegen jenes Gesetz zu protestieren, das aus der schwärzesten Reaktionszeit Preussens stammt. Nun ist es interessant, einiges über die Entstehung dieses Gesetzes zu erfahren. Das Gesetz entspricht keinem Wortlaute nach fast genau einem französischen Gesetze, das erlassen wurde, um die Kommunen, die in Frankreich überall Trägerinnen der Polizeigewalt sind, zu zwingen, bei Besetzung von Polizeibeamtenstellen die nötige Sorgfalt walten zu lassen. Unter diesen Voraussetzungen hätte ein solches Gesetz auch bei uns Sinn. Aber in Preußen mischt sich die Regierung ja selbst in polizeitechnische Fragen der Klein- und Mittelstädte, die ihre eigene Polizei haben. In den Großstädten aber, wie in Breslau, haben die Kommunalverwaltungen nicht den geringsten Einfluß auf die Verwaltung und Organisation der Polizei. Nur für den Schaden, den königliche Polizisten anrichten, müssen die Kommunen eintreten. Unter dem elendesten aller Wahlsysteme hat das Volk freilich auch auf das schlechteste aller Polizeisysteme keinen Einfluß. Ein Grund mehr, energisch auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen hinzudringen. Wo in einem Parlament die Sozialdemokratie fehlt, da ist niemand vorhanden, der auch nur energische Kritik übt an Zuständen, wie sie sich in Breslau mit aller Deutlichkeit offenbart haben. Der Polizei ist es nicht möglich gewesen, haben dafür aber wenigstens das Vergnügen, für das Verbrechen des königlichen Herrn Polizisten, das wohl nie mehr seine Sühne finden wird, Schadenersatz zu leisten.

Herr Karl Suter, dessen Vorträge und Lehre wir kürzlich unter die kritische Lupe nahmen, sendet uns zu unserem Artikel über ihn folgende Gegenansetzungen:

„In dem Artikel vom Donnerstag, den 12. d. M., über meine Vorträge in der „Vollswacht“ zur Aufklärung:

Die zahlreichen an mich ergangenen Zuschriften, wieweil Vorträge in Breslau zu halten, haben mich veranlaßt, nach hier zurückzukehren und Vorträge mit ganz neuem Programm abzuhalten.

In meinen Vorträgen hatte ich ein denkendes und gebildetes Publikum, das aus allen Gesellschaftskreisen zusammengekehrt war. Der gute Besuch meiner Vorträge entsprach wohl dem naturwissenschaftlichen, philosophischen und ethischen Inhalt derselben, sowie der gebotenen Form, beruhte aber nicht, wie Sie zu schreiben belieben, auf dem Umstande, daß Breslau mit zu den schwärzesten Teilen Deutschlands zähle. Ich weiß ferner Ihre Behauptung als unwahr zurück, daß die Bekanntgabe meiner Vorträge in marktschreierischer Form geschehen sei. Es waren einfach durch Plakate und Inserate die Thematika bekannt gegeben, so wie es bei allen wissenschaftlichen Vorträgen üblich ist.

In meinem Vortrage am Totensonntag habe ich nicht stoffliche Lebenssubstanz — „Lebensenergie“ gelebt, sondern von Stoff, Kraft und Empfindungsenergie gesprochen. Das Tischreden erprobt und ich habe es naturwissenschaftlich erklärt, als zunächst hervorgerufen durch Übertragung von lebendiger Spannkraft in die anorganische Substanz.

Außer dieser Spannungsenergie, welche von den beteiligten Personen ausgeht, geht aber auch noch Empfindungsenergie über, was nicht mit fremdgelegter Einwirkung zu identifizieren ist. Auf die Frage, ob eine persönliche Fortexistenz der Lebensenergie nach dem Tode möglich ist, mußte ich auf Grund meiner jahrelangen Nachforschungen das Resultat wahrheitsgemäß bekannt geben und die persönliche Fortdauer der Seele nach dem Tode zugeben.

Ich befinde mich mit diesem Resultat nicht isoliert, denn auch unser, gegenwärtig wohl größter Physiker Crooks, London,

und als er einen Schutzmännchen sah, forderte er diesen mit den Worten: „Verhaften Sie diese beiden Herren“ auf, die Offiziere zu fesseln. Schutzmännchen dürfen aber Offiziere nur verhaften, wenn sie diese bei der Begehung eines Verbrechen erwischt. Der Beamte weigerte sich also, das Unteroffiziers Mandat zu erfüllen. Es bildete sich allmählich eine Gruppe, die veranlaßt der Szene zusah, dem Bauerlandsreiter und Unteroffizier Müller, dem abwesenden Schutzmännchen und den beiden protestierenden Offizieren. Alle drei Bemerkungen fielen so die Worte: „Macht ist es nicht haben, daß preussische Offiziere mit Unteroffizieren in solchen Lokalen zusammenkommen.“ Schließlich mußte der Herr des Cafes den Unteroffizier Müller und einen Lehmann mit Gewalt vor weiteren Vorhaben abhalten. In weiterer Folge wurde der Schutzmännchen den Unteroffizier zur Sache führen und die beiden Offiziere konnten ihren Weg fortsetzen. Dienstag mußte sich Müller wegen seines Anhaltens in jener Nacht vor dem Kriegsgericht verantworten. Der Vertreter der Anklage beantragte zwei Monate Gefängnis gegen Müller. Das Gericht nahm aber Rücksicht auf die gute Absicht des Unteroffiziers und mildernte ihm vierzehn Tage Mittelstrafe.

Au dem Raubverbrechen auf den Goldbrücker Abel in Köln wird noch berichtet, daß das Befinden des schwerverletzten Beamten besorglich, obgleich Dienstag mehrfach Remissionen eintrat. Abel hat zwei schwere Verletzungen am Kopf, die ihm durch Schläge mit einem Hammer (also nicht mit einer Pistole) beigebracht worden sind, sowie eine große Einklemmung erhalten. Große Schmerzen empfindet Abel im Kopfe, da der Täter in dem Befahren, ihn am Rücken um Hilfe zu verbinden, ihm drei Zähne eingeklopft hat und auch versucht hat, ihm die Augen auszureißen. Am Freitag fand am Lazarett die ärztliche Untersuchung statt, wobei sich eine nach Leipzig zu zahlende Krankenkasse angepöbelte hatte, die Anspruch an dem Täter nehmen wollte, der sich noch fortgesetzt weigert seinen Namen zu nennen.

Der Täter ist ein etwa 26jähriger jähmüthiger Mann. Die Hauptvermutung, die er an sich selbst geübt hatte, ist von Krause abgewiesen und lautet auf den Namen Schreiber. Ein Kommandant der Gegend von Düsseldorf als der Goldbrücker den Raub betrat und nach dem Verbrechen fragte, bezweckte ihn der Anwesende, daß der Empfänger sein Schwager sei, der erst in etwa sechs Minuten erschienen wurde. Der Beamte machte inzwischen einige andere Bemerkungen. Als er geendet wurde, wurde der Mann auf das Hinterzimmer, an dem die Tür zu Abel mit der Besichtigung durch angebracht war, hin in dem angeblich der Abel sich aufhalten sollte, den es in der Nacht aber gar nicht gibt. Als der Beamte die Tür öffnete, erhielt er von dem Mann den Namen mit dem er

seinen eigenen Hammer einen unrichtigen Schlag über den Kopf, dem noch einige weitere Schläge folgten, so daß er zur Erde fiel. Anmehrer machte der Täter, der die Lebewunde inzwischen verfließen hatte, Wiene, der Richter der Volleuds zu erdrosseln, indem er sich auf ihn stürzte. Der Beamte, ein großer, harter Mann, nahm jedoch alle seine Kräfte zusammen und verdrängte sich drat, daß es ihm schließlich gelang, den Täter lomet zu überwältigen, daß er auf ihm zu liegen kam. Angesehen betete man die fortgesetzten Fesseln des Beamten ab. Er ist einem oberen Stadtwart arbeitende Schneider Herrich die herbei, drang, nachdem er eine Fensterleiste zertrümmert hatte, mit einem Beile in das Zimmer ein und machte den sich immer hartnäckig wehrenden Räuber mit der Pistole eines hinsturmenen Schutzmännchen vollends wegzuführen. Der Goldbrücker verwarb die Verurteilung im Verlage von etwa 950 Mark und 500 Mark in bar in seiner Tasche.

Rettenung aus Seerott. Ein Telegramm aus Stettin meldet uns: Der Kapitän Falk des ersten von England in Seerott eingetroffenen Dampfers „Povaria“, der der Rederei „Korn“, man in Stettin gehört, hat in der Nordsee, nach einer Orkan die russische Bark „John Gilt“ mit der Koffelkage angetroffen. Der Bark waren die Lebensmittel erschöpft. Kapitän Falk ließ ein Rettungsboot bemannt und verhalf die erschöpfte Mannschaft mit Lebensmitteln.

Einbruch in ein Gefängnis. In der Nacht zum Sonntag wurde in Eberwald das Amtsgericht von Einbrechern heimlich betreten. Kurz nach Mitternacht drangen Diebe in das Amtsgerichtsgefängnis ein und eroberten den im Innern der Gefängnisabteilung beheimateten Gefängniswärter des Gefängnisinspektors. Die Einbrecher suchten in dem Zimmer alle Behälter nach Geld und Wertpapieren. Sie erwiderten auch eine ganze Anzahl Uhren, sowie eine größere Summe Geldes und eigneten es sich an. Die Sperrhaken hatten sich nicht gelockert, daß trotz der Bewachung nichts von dem Einbruch diebstahl bemerkt worden war. Bis jetzt hat man von den Tätern noch keine Spur haben können.

Verurteilte Schweinemesser. Wegen Verurteilung verdorbener Kleider, verurteilte das Leipziger Landgericht den Fleischermeister Walter zu fünf Monaten und den Fleischermeister Köhler zu sechs Monaten Gefängnis, sowie beide zu 200 Mk. Geldstrafe. Wegen Verurteilung der Fleischer Lammberg sechs Wochen und der Fleischer Jahn einen Monat Gefängnis. Drei weitere Angeklagte wurden freigesprochen. Es handelt sich um die vorerwähnten Fleischermeister in Köhler-Heinberg, wo über 100 Personen arbeiten und zwei Häuser.

Verurteilung Krawattenmacher. Im Trierer Bader- und Metzgeramt wurde ein Krawattenmacher wegen Diebstahls von 225 Mark verurteilt. Der Krawattenmacher wurde zu zwei Jahren Gefängnis

und zu fünf Jahren Ehrverlust, Großschmied Wallenborn zu zwei Jahren und vier Monaten Gefängnis, 200 Mk. Geldstrafe und zu fünf Jahren Ehrverlust, Kaufmann Kempe zu einem Monat Gefängnis, 300 Mk. Geldstrafe und der Buchhalter Pörmann zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt. Vollziehungsbeamter Lippmann und Metzgermeister Herrschal wurden freigesprochen.

Die Raube. Der Sohn des Grundbesizers Gutler in Oberndorf bei Jägerndorf hatte mit einer Dienstmagd seines Vaters ein Verhältnis. Da der alte Gutler die Verheiratung der beiden jungen Leute nicht zugeben wollte, drang die Magd Nachts in die Schlafkammer ihres Geliebten und schnitt ihm mit einem Rasiermesser die Kehle durch, so daß der Tod sofort eintrat. Sie selbst stürzte sich in den Hofbrunnen und ertrank.

Ein bibelischer Wechsellahner. Ein Altonaer Geschäftsmann hatte bei einer Altonaer Bank einen Wechsel einzulösen. Am Fälligkeitstage fand er sich gerade auf einer Reise; er drückte von Kiel aus an die Bank die Worte: „Matthäus 16, Vers 26“ und seinen Namen. Auf der Bank herrschte beim Empfang der Depesche zunächst Kopfschütteln, dann wurden Vermutungen über die reifliche Verfassung des Abenders laut, dann wurde gab's ein Remmen nach einer Bibel. Man schlug nach und fand unter Mailhäns 16, Vers 26: „Habe Schuld mit mir, Herr, Dein Knecht wird alles bezahlen.“ Tatsächlich hatte die Bank ein Einsehen und Schuld mit dem bibelstetigen Schuldner: sie ließ den Wechsel liegen, und der „Knecht“ bezahlte nach einigen Tagen unter Dankesworten die ganze Schuld.

24 Auswanderer verunglückt. Aus Triest wird gemeldet: Gestern Abend sollten 300 Auswanderer in einem Reicherschiff auf dem Auswandererdampfer „Gertha“ bekracht werden. Kurz vor der Anker bei dem Dampfer lag eine große Anzahl der Auswanderer auf Deck des Schiffes, das unter dem Gewicht zusammenbrach. Drei Personen wurden schwer, 21 leicht verletzt.

Male statt Mangan. Die Kommission für Gas, Wasser und Elektrizität in Altona hielt kürzlich eine Sitzung ab, in der die Bereinigung des Wassers und die Auffindung von Male in der Wasserleitung besprochen wurde. In der Sitzung stellte der Direktor der Wasserwerke an, daß in verschiedenen Stellen in den Leitungen Male gefunden worden seien. Es sollen nunmehr Untersuchungen getroffen werden, daß in Zukunft unfiltriertes und so gar Lebewesen enthaltendes Wasser nicht mehr in die Wasserleitung kommt.

Die abgebrochene Sängertour. Die Kunst zu hundert hat sich der Sängerkapitän Ricardo Sacco, in Wirklichkeit ein ehemaliger Sängerkapitän namens Gustav Sacco, sehr leicht gemacht. Er hat seit einiger Zeit im Thalia-Theater in Elberfeld kontrakt-

Sowie der namhafte Physiologe Richet, Paris, der Kriminalanthropologe Lombroso, Turin, und andere mehr, sind auf Grund ähnlicher Nachforschungen zu gleichem Resultate gekommen. Ich habe nicht „unbekannte Kraft“, „Gott“ und „Schicksal“ verwechselt. Sonst eine begrenzte Freiheit des Willens, neben der hernen Naturgesetze, die ich mit Schicksal bezeichne, gelassen, und als Ideal der Bildung die körperliche und geistliche Schönheit zu pflegen empfohlen.

Ich habe den Glauben und die Vorstellung vom Göttlichen als Mäßigkeit erachtet und die Feier des Totensonntages durch liebendes Gedenken der Toten mit Einschluß des Lebenden, als eine würdige, hochhaltende Sitte anerkannt. Ich habe dabei die Glaubens- und Gewissensfreiheit als persönliches Recht des Einzelnen anerkannt und hervorgehoben, daß das religiöse Empfinden wohl mit wissenschaftlicher Forschung in Einklang zu bringen sei.

Unter Religion verstehe ich hierbei nicht kirchliche Formen, sondern das reine Heiligkeitsgefühl der inneren Seele, das für Wahres, Schönes, Erhabenes und Vollkommenes empfindungsfähig ist, und das kann der naturwissenschaftliche Forscher ebenso pflegen, wie der Kirchendogmatiker. Ich erkenne in den verschiedenen Kirchenmeinungen viel Gutes an ethischen und religiösen Werten an, glaube aber an eine Fortentwicklung aller, sei es durch solche Naturphilosophie, sei es durch konfessionell-moralische eingetragener Reformen auf Grund wissenschaftlicher Forschungen mit Einschluß meiner Entdeckungen.

Die persönliche Intelligenz des Herrn Hüter haben wir gar nicht in den Bereich unserer Kritik gezogen. Herr Hüter mag persönlich so unglücklich, so unantastbar sein wie nur denkbar, das kann uns aber nicht hindern, seinen Lehren eine Kritik zu erteilen, wie wir es mit aller der Schärfe, die sie nach unserer Auffassung nun einmal verdienen.

*** Eine Ausstellung moderner Schundlektüre vertritt** das Hagenrathschäft von „Emil Eggert“, Ede Poststraße und Nibelohle, nicht als das einzige dieser Art, aber als eines der auffälligsten von vielen. Nicht nur die beiden Schauensfenster des Geschäfts selbst auf der Frontseite an der Nibelohle, auch die drei des nebenan liegenden Ladens sind, soweit irgend Raum vorhanden, besetzt mit Hefen der schauerhaftesten Detektiv-Roman-Serie. Auf der rechten Seite des Geschäfts sind mit Titelblättern dieser Schundlektüre besetzt. Unter ihnen hängen zwei Porträts, Herrn Emil Eggert darstellend und darunter befindet er sich mit eigener Handschrift als „der Verfasser der neuesten Detektiv-Roman-Serie, besser gesagt „Roman-Schund-Serie“, „Wanda von Brabant“. Ein anderes Porträt stellt ihn, den Verfasser obiger Serie, als den er sich so gern ausgibt, vor seinem Geschäftslokal sitzend dar. Die Passion des Schriftstellers, oder besser gesagt der Dichterdünkel muß bei Herrn Eggert schon sehr groß sein, denn sonst wäre es unbegreiflich wie ein Mann, der doch Inhaber von acht Hagenrathschäften ist und es demgemäß wohl kaum nötig hat, sich in diesem literarischen Eumyros zu betätigen, es fertig bekommt, ein solches Gedicht auf sein Renommee als Schöpfer einer Hundeweltenden, die Volkseele vergiftenden Lektüre zu legen. Drei, oder noch mehrmals ist an dem Geschäft das neueste erscheinende Heft der oben genannten Schund-Serie ausgehängen und unter jedem dieser Hefte hängt ein Zettel, auf welchem mit blauem Klebstift geschrieben steht: „Mein neues Werk, Emil Eggert.“ Dieses Buch führt die lustigste Aufschrift: „In den Wälderhöhlen von Budapest“ und birgt schon in seinem Titelbild einen Abgrund von Schauerhaftigkeit und Gemeinheit.

An solchen Büchern und solcher Lektüre geht die Polizei tagtäglich vorbei ohne etwas daran zu finden, was von schädlichem Einfluß auf das Volk sein könnte. Eine Schrift mit antimilitarischer Tendenz wird konfisziert, der Verfasser kommt ins Gefängnis; antike Statuen und Bilder von Tizian und anderen Großen, müssen aus Schauensfenstern entfernt werden, nur dem erhabenen Gewerbe der Schundliteratur sieht der Weg ins Volk jederzeit frei.

*** Eine Gerichtsverhandlung darf in Preußen nicht auf die Bühne gebracht werden.** „Vor dem Schöffengericht“ betitelt sich der Einakter des Breslauer Rechtsanwalts Hüner, den der Theaterdirektor Erich Regel im hiesigen Sommertheater zur Aufführung bringen wollte. Der Polizeipräsident verbot die Ausführung wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung. Das Schöffengericht ist recht harmlos. Es gibt nur einen Auschnitt aus einer Schöffengerichtsverhandlung. Das aber sollte ihm gerade zum Verhängnis werden. Wenn der Vorhang sich heben hat, sieht man vor dem Schöffengericht die letzte Szene der Verhandlung eines Schöffensalles

gemäß einer Hungerkur von 47 Tagen und Nächten und wurde jetzt dabei erfaßt, wie er sich von dem ihm beaufsichtigenden Beamten der Wache und Schließerschicht Schachteln mit Schokolade und Bonbons heimlich zu stecken ließ. Der entlarvte „Hungerkünstler“ wurde sofort aus seiner Drabzelle entlassen, die er wahrscheinlich mit einer anderen im Gefängnis wird vertauschen müssen. Man hat sich dabei bemüht, daß er die ihm zugewiesenen Säugigkeiten zur Stillung von häufigen Hustenanfällen angewandt habe. Der fündige „Hungerkünstler“ wird sich wegen Betruges vor Gericht zu verantworten haben. — Auch bei seinem letzten Auftreten in Breslau scheint der „Hungerkünstler“ schon an Hustenanfällen gelitten zu haben. Da ihm aber hier wahrscheinlich keine Heilmittel zugestekt wurden, ist er fast erhand aus.

Ein Damenunterrod im Briefkasten. Unter den im Münchener Hauptpostamt überlieferten Gegenständen, befindet sich auch ein weißer Damenunterrod, der, wie der öffentliche Anschlag meldet, einem — Briefkasten entnommen wurde. Leider offenbart die antilige Meldung nicht, wie die betreffende Dame, die sich doch in dem Briefkasten umgezogen haben muß, in den Posten hinein- und wieder herausgenommen ist. Eine Anzeige im Postamt deshalb an den Verkehrsmittler ist unausbleiblich und dürfte wohl einen ganzen Sitzungstag, wie das in Bayern üblich ist, in Anspruch nehmen.

Schreier. In einer redaktionellen Notiz wurden die Tauchner Leiter des „Wochenblattes“ zum Besuch einer heiteren Veranstaltung eingeladen. Die Notiz beginnt mit dem Satz: „Noch am Abend, Punkt 8 Uhr, wird die heitere Muse im Schützenhaus ihre Schleusen öffnen.“ Das dürfte, ohne gerade unfittlich zu sein, doch das Schamgefühl vieler Tauchner gründlich verletzen!

Keine Chronik. Mittwoch Nacht ist die Kassenkrankfabrik Franz Gany in Frankfurt a. M. bis auf das Erbschloß niedergebrannt. Der Schaden, der 150,000 Mk. beträgt, ist durch Versicherung gedeckt. Der Betrieb wird, soweit möglich, antwort erhalten. Zwei Feuerwehreinheiten wurden schwer verletzt — Der Gaswicht-Gumpert aus der bei Frankfurt a. M. gelegenen Bezirkskaserne Mittelbühl, der schon wiederholt wegen Mißhandlungen seiner Frau gerichtlich best. alt worden ist, erschlug die in der vorletzten Nacht Gumpert wurde sofort verhaftet. — In Marzelle wurden bei einem nächsten Einbruch 50,000 Franken in bar und ebenfalls in Wertpapieren aus dem Kassenschatz der deutschen Kolonialwaren-Engros-Firma Martin u. Baum gestohlen. — In der Nähe von Puz (Frankreich) wurde eine Salzsäure in einer Länge von 1600 Metern ein. Die Leichter waren richtigzeitig gewarnt worden und konnten flüchten. Infolge des Einsturzes ist auch ein Teil des Gemeindegewerks und ein Wohnhaus zusammengebrochen.

ab. Es kommt dann — und das ist der eigentliche Inhalt — die Sache eines jungen Arbeiters zur Verhandlung, der aus Eifer in ein Fabrikanten mit dem Spagierstock den Chinesen eingetrieben und ihm einen Fausthieb gegeben hat. Er kommt mit einer milden Strafe davon, weil der Gerichtshof ihm allerlei Vorteile hält. Mit der Frau, die er in dem jetzt als falsch erkannten Verdacht hatte, sie wolle ihn mit jenem Fabrikanten hintergehen, verlobt sich der junge Mann während der Verhandlung. Das ist so der Kern des einfachen Vorgangs, dem noch einige moralische und humoristische Episoden antworten. Der Vorhang fällt, nachdem die nächste Sache angerufen ist und der nächste Anwesende seine Rede mahnen wollen Scheinbarer „Anheiterung“ weg hat.

Der Theaterdirektor Regel bezieht sich wegen des Aufführungsverbot vergeblich beim Oberpräsidenten der Provinz Schlesien und flucht dann beim Oberverwaltungsamt. Vor diesem vertrat ihn der Verfasser des Stückes. Er betonte, daß er nur eine Schöffengerichtsverhandlung geschildert habe, wie sie sich in Wirklichkeit abspiele. Es werde auch kein einseitiger Eindruck erweckt, daß eine staatliche Institution, insbesondere die Institution des Schöffengerichts lächerlich gemacht würde. Es hätte ihm auch völlig ferngelegen, etwa das preussische Gerichtsverfahren lächerlich zu machen. Die Wiedergabe des Stückes mache im Gegenteil den Eindruck, daß auch einfache Leute in ihrem Rechte länder. Und wenn auf der Bühne dreimal Erde geleistet würden, worauf der Oberpräsident verzeihe, so sei doch bekannt, daß in zahlreichen Theaterstücken antöppelnde Handlungen vorgenommen würden.

Das Ober-Verwaltungsgericht in Berlin wies die Klage mit folgender Begründung ab: Der Gerichtshof beweist gar nicht die Verletzung des Verfassers, daß es nicht seine Absicht gewesen sei, gerichtliche Verhandlungen und Autoritäten herabzusetzen. Es handle sich aber nicht um die Absicht, sondern um dasjenige, was objektiv dargestellt werde, und darum, welchen Eindruck es machen müsse. Der Gerichtshof sei nun der Ansicht, daß es an sich durchaus zulässig wäre, eine Gerichtsverhandlung in einem größeren Drama zu bringen, wo eine solche Verhandlung hineingefügt, als ein notwendiges Glied der weiteren Entwicklung der sonstigen Handlung. Das liege hier nicht vor. Schon daß das Ende des vorigen Schöffensalles und der Anfang des nächsten Schöffensalles in den Bühnenvorgang hineingetragen würden, würde den Eindruck erwecken, daß es sich um die naturgetreue Darstellung einer Gerichtsverhandlung als des Auschnittes einer fortwährenden Schöffengerichtsverhandlung handle, die unter staatlicher Autorität vor sich gehe. Das halte der Senat für der öffentlichen Ordnung unzulässig und hier unzulässig. Das gleiche schon für das Verbot. Daraus kommt hier noch, daß einige dramatische Einfügungen des Verfassers, die die an sich trodene Verhandlung dem Publikum schwach machen sollten, nicht so wirkte, daß der Ernst einer solchen Verhandlung beim Publikum gewahrt werde.

Das Oberverwaltungsgericht muß die Würde und das Ansehen preussischer Gerichtsstellungen nicht für besonders tief gekränkt halten, wenn sie durch ein harmloses Theaterstück schon eine Gefährdung dieses Ansehens für gegeben erachtet.

*** Ein Beispiel vom Unverstand der Massen** lieferte der Drechsler Friemel, Matthiasstr. 110. Er ist unorganisiert, sehr religiös, hält viel auf die Polizeigewalt und arbeitet in einer hiesigen Möbelfabrik, wo sämtliche Arbeiter dem deutlichen Holzarbeiter-Verbande angehören. Die Kollegen traten in Anbetracht seines schlechten Verdienstes bei der Firma für ihn ein, sodaß er eine Lohnerhöhung von 15 Prozent erhielt. Anscheinend den Nutzen der Organisation begriffen, wandte sich Friemel nun schriftlich an die hiesige Ortsverwaltung. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

- Meiner Aufnahme in den internationalen, revolutionären, sozialdemokratischen Holzarbeiter-Verband (Verband Deutschland) stellt ich folgende Bedingungen:
1. Eine wöchentliche Mitgliedsgebühr von 1 Mark.
 2. Der Aufnahmeantrag erfolgt für jede zu besuchende Versammlung, welche in einem Restaurationslokal stattfindet, 1 Mk.
 3. Bei Arbeitslosigkeit erhält der Aufgenommene wöchentlich 20 Mk. (ohne Wartgeld).
 4. Wird der Aufgenommene durch einen Versammlungsbeschluss aus dem Verein ausgeschlossen, zahlt der Verein eine Entschädigung von 3000 Mk.

Leider gibt es noch mehr als zuviel solcher Friemel, an denen bisher alle Aufklärungsarbeit der letzten Jahrzehnte spurlos vorübergegangen ist und doch muß es schließlich bei ihnen einmal dämmern.

*** Breslauer Kreisstag.** Außer mit der an anderer Stelle besprochenen Grabschauer-Einmündungsfrage beschäftigte sich die im Dienstgebäude der Kreisverwaltung am Mittwoch abgehaltene Sitzung der Kreisabgeordneten des Landkreises Breslau mit der Regulierung der Gehälter der Kreis-Schauspieler-Ausgeber. Die Dienstgehälter wurden unter Abänderung des Beschlusses vom 29. März 1889 nach acht Dienstjahrsstufen festgelegt. Die erste Stufe bis Ablauf des dritten Dienstjahres erhält ein Jahresgehalt von 1000 Mark. Die Stufen steigen bis zum Ablauf von 22 Dienstjahren um je 100 Mark bis auf 1700 Mark.

Die Erhaltung der Jahresrechnung der Kreisverwaltungsstelle für 1906/07 zeigt ganz deutlich, wie recht der Oberbürgermeister Dr. Bender mit seiner Behauptung hat, daß die Kreise für die einzelnen ihnen zugehörigen Gemeinden nichts tun, und daß sie in der Hauptsache Verbände zum Paue von Kreisbauern sind. Denn die Jahresrechnung berichtet eigentlich über weiter nichts, als daß das Vermögen des Domslauer Kreis-Krankenhaus um 10,000 Mark auf 384,000 Mark gewachsen ist, so daß ein guter Teil der entliehenen Kosten von der Anstalt aus eigenem Vermögen gedeckt werden könne. Dazu kommt, daß die Kreisverwaltungsstelle einen Ueberfluß von mehr als 70,000 Mk. erzielt hat, von denen 20,000 Mk. dem „Kreisfonds zum Terrainwerb für Eisenbahnen“ überwiesen wurden. Im übrigen beschäftigte sich der Kreisstag aber ziemlich ausschließlich mit Strafenangelegenheiten.

Der von uns bereits früher erwähnte Antrag wegen Errichtung einer Nebenbahn Schottwitz-Melischwitz fand Annahme.

*** Der Erweiterungsbau des städtischen Irrenhauses.** Die Ausschüsse V und VI der Stadtverordneten-Versammlung beschließen in ihrer gestrigen Sitzung, dem Plenum die Annahme des Magistratsantrags zu empfehlen, daß mit einem Kostenaufwande von 485,000 Mk. an den Mittelbau des Hauptgebäudes der städtischen Irrenanstalt auf der Einbaumstraße ein Neubau angeleitet werde. Der Neubau soll etwa für die an der äußersten Grenze ihrer Aufnahmefähigkeit angelangte Anstalt mehr Raum schaffen, und es sollen dort ferner auch Einzelzimmer für Dividende eingerichtet werden. Schließlich ist in der Irrenanstalt nach neuer Vorrichtung auch für die Unterbringung geisteskranker Verbrecher in besonderen Krankenzellen zu sorgen, was zurzeit bei den ohnehin schon beschränkten Raumverhältnissen unmöglich ist.

*** Zur Gasexplosion im Hauptpostgebäude** wird gemeldet, daß bei der am Mittwoch angestellten Untersuchung der von der Explosion betroffenen Kellerräume sich herausstellte, daß ein größerer Materialschaden, abgesehen von den zertrümmerten Kellertüren und einer eingedrückt Tür, nicht existieren ist. Auch die im Kellerraum befindlichen Leitungen und Apparate sind unbeschädigt geblieben. Das Ausströmen des Gases ist nicht auf das Schmelzen eines Leitungsrohres zurückzuführen, sondern es war durch das Öffnenlassen eines Gasablasses herbeigeführt. Die Gasleitung ist im ganzen Postgebäude wieder völlig in Ordnung, und die Beleuchtung sämtlicher Räume des Hauptpostamtes erfolgte gestern Abend in gewohnter Weise.

*** Das Staudesamt 2,** das bisher Laurentiusstraße Nr. 64 untergebracht war, befindet sich vom 1. Januar 1903 an in der ehemaligen Dehnbilla, Klosterstraße 119. Am Ursprungsdatum, dem 31. Dezember d. J., werden nur in der Zeit von 12 bis 1 Uhr

Mittags-Zurückkommen von Geburts- und Todesfällen und von Aufgehoben stattfinden.

*** Der „Neue Welt-Anzeiger“ für 1903** ist, wie aus unsere Volkswirtschaftshandlung mitteilen läßt, erschienen. Der Restaurateur Bäutig, Unterländer 3, erachtet es für angebracht, daß er nach wie vor Abonnent unter 8 Blätter ist. Wohl mögen im Verlaufe des Jahres, der übrigens, wie aus der Besizer mitteilt, von den Gassen selbst probiert wurde, in der Aufregung ähnliche Worte gefallen sein, aber so gemeldet waren sie nicht.

*** Ungetreuer Bogelbursche.** Die Ortsverwaltung des Transportarbeiterverbandes erucht um Aufnahme folgender Art: Der Malermeister Hermann Lauer hat seinem Logenbruder Ernst Sanber, Eichenstraße 2, eine Remonitur für ein Transportarbeiterverband, Nr. 141,301, entwendet.

*** Zur Warnung für Kinder.** Am 17. d. M., Mittags, begab sich der 12 Jahre alte Sohn eines Klosterstraße 129 wohnenden Arbeiters auf das hiesige Eis des Ranges Grabens am Maxgarten-Wehr und brach ein. Im letzten Augenblick gelang es noch, ihn Knaben zu retten.

*** Sachbeschädigung.** Am 17. d. M. wurde auf dem Festplatz ein Gasandeleiter durch einen mit Dreilern-beladenen Wagen umgefahren.

*** Vermißt** wird seit dem 16. d. M. der 16 Jahre alte Arbeitsburche Kay Stanowitz, Lehndamm 5c.

*** Unfall.** Am 17. d. M. kam eine Witwe auf der Sternstraße zu Fall und brach den rechten Unterarm.

*** Diebstahl.** Einem Herrn wurde im Oberer-Bahnhof ein Portemonnaie mit 50 Mk. entwendet. — Aus Schulbüchern wurden Knabenmützen und eine Pelzine gestohlen.

Aus Schlesien und Posen.

Kapitalistische Interessenkämpfe.

Unter den preussischen Feudalherren, die ihre Tätigkeit der Industrie, dem Handel und der Spekulation zugewendet haben, nimmt Fürst Suida Senart von Donnersmarck unbestritten den ersten Rang ein. Er hat sich auf dem Grundbesitzgebiet sehr erfolgreich betätigt und ist den nicht feudalen Schlichterinnen als Begier geachtet und häufig überlegen. Als Beherrscher des „Eisenwerkes „Kraus“ in Strakow bei Stettin verstand er selbst dem Rohstoffsyndikat Schnüppchen zu schlagen. Er hatte von dem Syndikat einen Sondervertrag erwirkt, der ihm alle Vorteile zugestand. Als im Hochsommer Fürst Donnersmarck dem Syndikat Forderungen stellte, die allen Grundbestimmungen des Syndikats zuwiderliefen und abgelehnt wurden, wies er den gerade abgelaufenen Vertrag und schritt sofort zu einem um 15 Mark pro Tonne niedrigeren Preise zum Verkauf der Produktion für das laufende Jahr. Der fürstliche Industrielle hatte damit nicht, wie die Handelspresse ihm andichtete, seine Abneigung gegen das Syndikat bekunden wollen, er hatte vielmehr erkannt, daß die Konkurrenz im Eisen begriffen sei und sicherte sich zu einem, damals wohl niedrigen Preise den Absatz seiner gesamten Produktion. Das Syndikat wird aber bei der jetzigen Marktlage und bei der weiteren Verschlechterung des Donnersmarck'schen Preises nicht mehr erzielen. Nun strebt Fürst Donnersmarck die Hände nach der unbeschränkten Herrschaft der hiesigen „Kraus“ aus. Dieses Unternehmen ist eine Aktien-Gesellschaft, die in den letzten Jahren große Gewinne erzielt hat, es verteilte im Vorjahre 11 Prozent, dieses Jahr 15 Prozent und verspricht weiter steigende Profite. Mit Hilfe einer „Schöpfung“ hat der Industriefürst einen erheblichen Teil der Aktien in seine Hände erworben und versucht jetzt, diese Aktien seinem benachbarten Eisenwerk geschäftlich dienstbar zu machen. Die bisherige Verwaltung und die hinter ihr stehenden Aktionäre beginnen um ein einträgliches Geschäft zu fürchten und schicken Gesandte an einzelne Aktionäre, um sich der bedrohlichen Aufmerksamkeit des Fürsten Donnersmarck zu erwehren. Die noch herrschende Gruppe glaubt verhindern zu können, daß der Fürst die Aktienmehrheit erwirbt. Die kleineren Kapitalisten werden ihren großen fürstlichen Bruder über kurz oder lang die Beute wohl doch überlassen müssen.

Von der ober-schlesischen Polizei.

Den Kolporturen der Parteipresse in Oberschlesien wird das Leben nach Kräften schwer gemacht. Zunächst von den Leibern noch so zahlreichen verständnislosen und geradezu selbstlosen Arbeitern, von den Frauen, die im Banne der Massen leben und in ihrem Fanatismus gegen den fürchterlichen „Demokraten“ mitunter sogar handgreiflich vorgehen, von schlechten Zuhörern, die den Armen wochenlang Tag für Tag im schlechtesten Wetter, über grundlose Wege und Stege zu sich kommen, sich die Zeitung bringen lassen und nicht begreifen, den Mann nicht nur um seinen so schwer verdienten bescheidenen Lohn bringen, sondern ihn sogar noch um das betrügen, was er vorher schon für ihre Zeitung an die Expedition bezahlt mußte. Nicht nur die gar nicht zahlenden, auch die nur unvollständigen Zuhörer erschweren dem Kolporteur das Leben, denn er soll immer pünktlich seine Ware beziehen und bezahlen, bekommt sie oft nur gegen Nachnahme und kann das Postpaket mit dem Nachnahmebetrag, das die längst bestellte Ware enthält, nicht einlösen, wenn so und so viel Abonnenten mit ihren Wochenbeiträgen im Rückstande sind.

Auch die Polizei in Oberschlesien wendet sich nicht selten, dem armen Kolporteur das Leben noch schwerer zu machen, als es ohnehin schon ist. Immer wieder kommen Klagen darüber, daß hier und dort Kolporture der „Volkswacht“ wie der „Gazeta Robotnicza“ auf ihren Geschäftszugängen von Polizeibeamten angehalten und nach ihren Legitimationen gefragt werden. Haben die Angehaltenen sich legitimiert, dann geht es an eine „Revision“ ihrer Taschen, um den Restpost festzustellen, den sie ihren Kunden hinterlassen. Ein sozialdemokratischer Kolporteur ist meist ein Mensch von großer, ja von sehr großer Geduld. Wäre er das nicht, dann müßte er seinen Beruf halb wieder aufgeben. Deshalb erträgt er denn auch solche polizeiliche Revisionen geduldig und stellt von Widerstand gegen die „Ordnung“ ab, wenn er auch wieder die Notwendigkeit nach die Berechtigung dieser Maßnahmen anerkennen kann. Mühsamer aber wird's auch einem sozialdemokratischen Kolporteur zu viel und er setzt sich zur Wehr, natürlich artig und bescheiden, wie es einem gewöhnlichen preussischen Untertanen“ geziemt, indem er Fieber, Tinte und Papier zur Hand nimmt und eine höfliche Beschwerde schreibt. So machte es auch der Kolporteur der „Gazeta Robotnicza“ in Könnigschüttel, Genosse Puz, als eines Tages ein Polizeibeamter ihn in Lipine bei einer solchen Revision sogar entlassen zu wissen verlangte, wie der Abonnent des „Wahren Jakob“ heiße, den Herr Puz in der Tasche des Kolporteurs fand. Die Heugier des Beamten fand zwar keine Befriedigung, dafür aber ging eine Beschwerde des Beamten an den Landrat in Neitzen ab. Nach zwei Monaten (!) kam die Antwort, die also lautete:

„Auf Ihre Beschwerde vom 9. Oktober d. J. wegen angeblich unbesugt vorgenommener Revision Ihres Druckmittelsmaterials durch den Fernmattpostgeheimen Hies in Lipine erlaube ich Ihnen, daß der Polizeibeamte das Recht zur Vornameberichtigung Revisionen nicht benutzt werden kann. Da Sie sich in dieser Hinsicht einer Uebertretung der einschlägigen Vorschriften nicht schuldig gemacht haben, so habe ich der Polizeibehörde in Lipine nahegelegt, die hiernach erforderlichen Revisionen möglichst schonend und bescheiden, daß Sie in der Revision Ihres Verfalls nicht gestört werden, vorzunehmen.“

Die hier in Aussicht gestellte Nachforschung des den vorzunehmenden Revisionen ist nicht das, was der Kolporteur fürchtet. Er will nicht mehr von solchen Revisionen hören, werden, nicht nur wegen der verwickelten, unverständlichen ihrer Ausführung, sondern weil sie auch in der Zukunft ungetreulich sind. Gewiss kann der Beamte eines von

Ein Zittener Bild aus einer nicht sozialdemokratisch verfassten Zeitung.

Witzig & hässlich das niederbayerische Schwurgericht in Straubing ein Fall, der wohl einzig dastehen dürfte. Angeklagt waren der Kolbänder Jakob Steber 37 Jahre alt, und dessen Ehefrau Sabette, 35 Jahre alt, beide von Mezen im bayerischen Wald, wohnen Holzsch. Dem Jakob Steber war zur Last gelegt, im Jahre 1905 ein Mädchen das viel in seinem Hause verkehrte, im Schlafzimmer seiner Wohnung verewaltigt zu haben, wobei ihm seine Ehefrau dabei behilflich war, daß sie das Mädchen festhielt. Der gleiche Fall spielte sich im Juli d. J. ab, wobei Sabette Steber ebenfalls ihrem Manne behilflich stellte. Die Verhandlung nahm den ganzen Tag in Anspruch. Darüberhinaus Dinge wurden enthüllt, die sich in dem Hause der Steberischen Eheleute abspielten. Eine solche Missetat von Schmutz und Unrat wurde dabei ans Tageslicht gefördert, daß es nicht mangelte, auch nur andeutungsweise darauf einzugehen. Die angeklagte Ehefrau suchte ihr Verbalten mit folgender Erklärung zu rechtfertigen: Eine schwere Geburt, die ihr fast das Leben kostete, und die Befragung, nachmals von ihrem Manne geschwängert zu werden, hätten sie bestimmt, ihrem Manne gegenüber die weltbekannteste Missetat zu üben, ja ihm sogar in der angegebenen Weise behilflich zu sein. Das Urteil lautete für Jakob Steber auf 3 Jahre Gefängnis, 3 Jahre Ehrverlust. Die Ehefrau wurde freigesprochen.

Literatur.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist schon das 11. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes geben wir hervor: Preisungs-Wochenschrift. Englische Preisungs-Wochenschrift. Von W. Meer. — Die Reform des Preussens. Von Ludwig Frank. — Eine sozialistische Forderung im Besonderen der Reichswehr. Von Richard Wagner. — Die Geschichte einer Arbeiterorganisation. Der Deutsche Gewerkschaftsbund. Von Paul Barthel. — Literarische Rundschau: Frau Schulz, Wirt und Golem. Von P. M. Nach London. Wenn die Natur ruht. Von K. K. Richard Müller (Kulda). Mitalien des deutschen Reichstags. Die Einnahmeverhältnisse des Deutschen Reiches und ihre Entwicklung in den Jahren 1872 bis 1907. Von P. W. * * *. Unkraut. Von Robert Gröbich. Dr. Th. Höpfer, Ludmilla Wirthshof. Von Hermann Wendel. H. Wild, Pflanz. Die fürberliche Mithandlung von Kindern durch Personen, welchen die Fürsorge für dieselben obliegt. Von Dr. Siegfried. Dr. G. Munter. Das Arbeiterverhältnis in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von M. U.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags. Oberstr. Christmann unterhalten seiner Bekanntschaft. Sch., Striegau. Sie haben Recht! W. war in Verhaftung und bestand sich in den bezüglichen Aussagen. N. D. Das Schiedsgericht für Arbeiter-Versicherung in Breslau, bei dem die Berufung innerhalb eines Monats nach Zustellung des Bescheides einzulegen ist, befindet sich Kronprinzengasse 67. P., Bohrauerstr. Der ortsbliche Tagelohn für erwachsene männliche Arbeiter ist für Breslau auf 2.40 Mk. festgesetzt, für erwachsene Arbeiterinnen auf 1.45 Mk. W. D., Lissa. Pflanzberechtigte Ehen sind außer dem überlebenden Ehegatten die Kinder und die Eltern. Der Pflichtteil besteht in der Hälfte des Vermögens des verstorbenen Erblassers. N. 25. Für die Arbeitsverhältnisse besteht, da eine besondere Vereinbarung oder eine Arbeitsordnung nicht in Frage kommt, die gesetzliche 14tägige Kündigungsfrist. G., hier. 1. Das Einverständnis ist verwendet. 2. Die Verhandlungen in Leipzig und München lieferten nicht ganz gleichmäßige, darauf erklärt sich die Reschlossenheit.

Aus der Geschäftswelt.

Als eine Brennerei, welche stets die allerbeste Qualität von altem Getreidebrenn liefert hat, können wir allen Interessenten die Firma S. Sennig, Breslau, Hinterbische, geg. 1741, bezeichnen. Dieselbe dürfte dem breslauer Publikum so wohlbekannt sein, daß jedwede Empfehlung überflüssig erscheint. Besonders beliebt ist dessen beste Marke, bekannt unter dem Namen „Korn-Creme“. Niederlagen in Originalflaschen in allen Städten, wie aus dem Inserat in heutiger Nummer unserer Zeitung ersichtlich ist. Die Seifen- und Parfümerien-Fabrik von Rudolph Bahjow, Steinstraße, bringt in ihren Verkaufsstellen, Neue Schweibitzerstraße 4, Albrechtsstraße 3, Friedrich-Wilhelmstraße 8, eine große übersichtliche Ausstellung von praktischen Weibenschmuckartikeln. Beim Einkauf sei die Firma einer Beachtung empfohlen, da sie durch Reichhaltigkeit ihres Lagers jedermann etwas bietet. Die Reellität, sowie die billigen Preise der Firma sind bekannt.

nenden Kolporteur nach der Gewerbeordnung fragen — manchmal ist freilich auch das ganz unbillig, denn der Beamte kennt den Kolporteur längst als solchen. Aber wenn dann die vorgelegte Bestätigung ergibt, daß der Kolporteur sein Gewerbe nach § 14 der Gewerbeordnung ausübt, also nicht im Umherziehen, sondern als fester, Kunden nur auf vorübergehende Weise, dann hat eine Durchsicht der vom Kolporteur mitgeführten Waren zu unterbleiben. Die Polizei hat das Recht zu solchen Revisionen nur gegenüber Kolporturen, die im Umherziehen Druckschriften anbieten und verkaufen, die deshalb auch eine Liste der mitgeführten, von der Polizei erlaubten Druckschriften mit sich führen müssen. Die Kolporture unserer Parteiliteratur beginn. Parteiliteratur sollten gegen weitere politische Bestätigungen der geschäftlichen Art in jedem Falle Beschwerde erheben. Wir haben nachher gerade genug der zu Recht bestehenden Polizeimahregeln, als daß wir noch freiwillig immer neue und dazu ausfallen sollten.

Wartau, 19. Dezember. Der Selbstmord eines Knaben, des 14 Jahre alten Sohnes des Wirtschaftsherrn B. Schall, ereigt in Dertmannsdorf großes Aufsehen. Wie der „N. A.“ erzählt, soll der Knabe von seinem Vater Strafe zu erwarten gehabt haben, was hat ihn nicht den Tod im Urdiebstahl. Am Sonntag Nachmittag wurde die Leiche in hiesiger Stellung am Knoblochischen Wehre gefunden. Näheres über den Fall wird wohl die einzelne Unternehmung ergeben.

Trebnitz, 19. Dezember. Die Wänschelente des Herrn von P. S. Der Wasserfischer Herr von P. S. hat bei seinen hiesigen Nachforschungen nach Wasser zur Anlage eines künstlichen Wasserwerks mit seiner Wänschelente in unangenehme Angelegenheiten, daß die hiesigen Körperkassen nunmehr das Aufsuchen und Erwerben einer geeigneten Wasserader der bekannten Frauen von P. S. in Dörfelhof übertragen haben. Hätte man zufällig an der von Herrn von P. S. bezeichneten Stelle — irgendwo wird in jedem Wasser in Trebnitz zu finden sein — Wasser erbohrt, so wäre bei allen Mühen ein neuer unumstößlicher Beweis für die Wunderkraft der Wänschelente erbracht gewesen; das Festschlagen wird man bei dem nächsten Bedarfsfall aber ebenso selbstverständlich vergessen haben.

Schweidnitz, 19. Dezember. Soldaten-Selbstmord. Auf einem Waagen ergab sich am Montag der 19 jährige Rekrut Friedrich Meier vom Feldartillerie-Regiment 48.

Reichenbach, 18. Dezember. Mänschenjagd. Als in Neudorf der Gastwirt Knillmann, welcher Besitzer des umweit der Galtische Reichenbach-Waldes ist, seinen Gasthause „Für armen Biene“ dicht an seiner Schenke Sauerbrunnen pflanzen wollte, ließ er beim Graben in der Tiefe von etwa einem halben Meter auf einer Topf, in dem sich 170 alte weiß Silbermünzen befanden. Die größte Zahl der Münzen stammt aus der Zeit vor dem dreißigjährigen Kriege, doch sind sie weit länger veratet worden, da sich auch einige Münzen aus dem 18. Jahrhundert darunter befinden. Die Münze trägt die Prägung „18 einen Thaler 1733“. Die größte Silbermünze war besonders in Papier verpackt, ihre Prägung ist ausnahmsweise gut erhalten. Es ist ein Fälschungs-Vergleich Doppelthaler aus dem Jahre 1624.

S. Siegnitz, 19. Dezember. Friede auf Erden. Der Konflikt über die Glegnitz drei Brauereien: Tinnler, Braunmann und Schloßbrauerei, ist gestern, am 18. d. Mts., durch schriftliche Vereinbarung der Brauereien einseitig und dem Gewerkschafts-Vorstand und dem Ausschussmitglied, unterzeichnet worden. Die Brauereien verpflichten sich, am 23. d. M., vier Mann von den Ausständigen nach ihrer Wahl einzustellen. Die noch übrigen Ausständigen werden sofort bei Bedarf nach Wahl der Ausständigen eingestellt und dürfen nicht oder andere Arbeitskräfte eingestellt werden, die nicht sämtliche Ausständigen untergebracht sind. Weiter verpflichten sich die Brauereien, den Organisations-Versammlungen ihrer Arbeiter kein Hindernis in den Weg zu legen. Demgegenüber hat sich das Gewerkschaftskomitee verpflichtet, den Konflikt in aller Eile vom 19. d. Mts. ab aufzulösen.

Damit hat ein Kampf ein Ende gefunden, der in dieser Woche zum ersten Mal von der Glegnitz Arbeiter-Verein geführt worden ist. Daß der Kampf zur Zufriedenheit der Arbeiter ausgefallen ist, um so höher anzuschauen, als sonst das Solidaritätsgefühl der Glegnitz Arbeiter nicht gerade als mangelhaft bezeichnet werden konnte. Das eine kann gesagt werden, die Beilegung des Konfliktes vor dem Weihnachtstische wird auch dem Arbeiter beweisen, daß die Arbeiter immer zum Frieden neigen, wenn nur ihre Rechte gewahrt werden und ihnen nicht eine Verkrüppelung ihrer Rechtsansprüche ausgesetzt wird. Aber auch die Unternehmer dürfen einsehen gelernt haben, daß die Arbeiterschaft nicht mehr als willkürliches Werkzeug zu gebrauchen ist. Alles in allem, der Friede ist eingeleitet und die Bahn ist frei, um die Ausbesserung und Verbesserung der Gewerkschaftsorganisation mit neuen Kräften in die Hand zu nehmen. Wie jeder Kampf die Spannung aller Kräfte bis zum Äußersten erfordert

und die höchste Opferwilligkeit an die stärksten stellt, so wird der Welt der Ruhe, des Friedens am besten ausgenutzt, indem jeder Einzelne nach seinen Kräften für die Ausbesserung und Verbesserung seiner Organisation eintritt. Von den Brauerei-Arbeitern erwarten wir aber, daß auch sie nun ihre Schuldigkeit der Gesamtarbeiter-Vereinigung gegenüber so erfüllen, wie diese durch ihre Solidarität die Verkrüppelung der Brauerei-Organisation zu verhindern anzuwacht haben.

Von einer unausgütlichen Geringfügigkeit der Glegnitz Einwohner-Gesellschaft zuzusetzen ein Beschluß, den die Stadtverordneten in ihrer Sitzung am Montag nachstehenden Sitzung gefaßt haben. In geheimen Sitzung wurde dem Besitzer des Milchbades, Herrn Jurod, die jährliche Subvention von 3000 Mark auf die Volkshäuser auf 2000 Mark, und der Preis des Bades von 20 auf 25 Wfa. erhöht. Es ist das seit Jahren das Letzte, was die Glegnitz Einwohner-Gesellschaft Stadtverordneten sich anfechten haben. Eine ausführliche Kritik dieses Beschlusses behalten wir uns vor.

Sprottau, 19. Dezember. Eisenbahnunfall. Auf der Bahnstrecke Arnsdorf-Gassen und zwar zwischen den Stationen Ober-Gassen und Wallwitz ereignete sich ein schwerer Eisenbahnunfall. Zurzeit wird aus dem Wallwitzer Forste für ein hiesiges Banachäft Langhols abgefahren. Als nun die damit beschickten Wagen den Bahnübergang der von Pölschau nach Sprottau führenden Chaussee passierten, blieb der Wagen des Subreiter-Unternehmers John aus Gassen in der Kurve hängen und konnte trotz aller Bemühungen nicht über das Bahnweid geschafft werden. In demselben Augenblick brach von Wallwitz ein Eisenbahnwagen. Der Wagen wurde vom Ruge erfasst, die darauf befindlichen Langhölzer durchschnitten, der Wagen selbst zertrümmert. Gleitschleife wurde der Streckenarbeiter Krogger aus Bohrenitz, der die Strecke revidierte und an der Spitze der fahrenden Lokomotive mit behilflich war, den festhängenden Wagen über das Doppelgleis zu bringen, erlöset.

Kattowitz, 18. Dezember. Um die Verantwortlichkeit der Arbeiter nicht auszuschieben, will die Verwaltung der ober-schlesischen Donnersmarkt-Hütte ein weiteres Gleichen der Dividende verhindern. Sie verfährt nach dem Rezept einiger chemischer Fabriken, die an dem alljährlichen Zweck eine andere Form. Sie stellen die Aktien der letzten, kann das Kapital erhöhen und den alten Aktionären die neuen Aktien an billigen Kursen überlassen. Die Donnersmarkt-Hütte wählt allerdings eine andere Form. Sie gibt Aktien zu einem niedrigen Kurs aus, und zwar enthält auf jede Aktie von 800 Mark ein halbes Pfennig. Vom Jahre 1909 ab berechnete dieser Kurs zum Grundkapital einer Einheitsaktie bis zu 60 Mark, nachdem die bisherigen Aktien bis herab 14 Prozent erhalten haben. Nur der von und angetragene Kurs kann Ursache dieser Reduktion sein, selbst die Handhabung des „Berliner Tagblattes“ kommt bei Untersuchung der Veranlassung dieser Maßnahme zu dem Schluss, daß bei dem Kurs der Aktien nicht an hoch erscheinen zu lassen. Das ist die positive Sozialreform, der das Großkapital haltig.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Von einem Krebse erkrankt wurde der Gutsbesitzer Klein in Groß-Peterwitz. Als der Krebs das dritte Jahr bei diesem lebende Krebse Throder Schindl einen Lebensstadium verlor, kam es zum Sturz und zu Tode. Im Verlaufe derselben Krankheit dem Gutsbesitzer das Messer in die Brust, daß der Tod alsbald eintrat. Der Gutsbesitzer hinterläßt Frau und fünf Kinder. Der Vater wurde ins Amtsgerichtsgefängnis nach Rantz überführt. — Der etwa 6 jährige Schulknabe Karl Schulz, Sohn des Arbeiters Schulz in Klein-Graben, welcher im vorigen Winter mit eigener Lehnsgelade einen gleichartigen Schalkomaden, der auf dem Eise eingebrochen war, das Leben rettete, betrat angeblich auf Anreden älterer Knaben, das dünne und morsche Eis des sogenannten Weismars, brach ein und ist leider ertrunken. — Als auf der Straße Landeshut-Lieben ein Mädchen vorfuhr, ergriffte der Lokomotivführer einen auf der Bahnstrecke liegenden, nur mit Hemd bekleideten Mann. Dieser wurde mit auf den Zug genommen, verstarb aber auf dem Transport nach dem Krankenhaus. Ansehend ist er ein Opfer der Kälte geworden. In dem Toten wurde der Eisenarbeiter Kuhn aus Litzschbach erkannt. Auf welche Weise er in diesem Zustande auf die Bahnstrecke geraten ist, erscheint rätselhaft. — In einer von etwa tausend Personen besuchten Versammlung in Ratibor e-Märkte Ratter Brandts in seinem Bericht über die Tätigkeit der Polenaktion, daß weitere Niederlegungen von Reichstagsmandaten durch polnische Gewerkschaften seien. Er selbst, sowie sein Konfrater Ransowit würden trotz aller Schwierigkeiten ihre Mandate behalten. — In der Ammonitfabrik der Kolonial-Fabrik bei Jaborz wurde der Arbeiter Alois Siba in ein Pfann mit kochendem Wasser, wobei er den Tod fand.

Bekanntmachung. Der im September 1907 verhängte Konflikt über die drei Brauereien Heinrich Cimmler zu Glegnitz Brau-Kommune Rich. Schaar, Schlossbrauerei G. m. b. H. wird am heutigen Tage nach erfolgter beiderseitiger Einigung in jeder Form als aufgehoben erklärt. Das Gewerkschaftskomitee zu Siegnitz. F. Rösner.

Uhren, Ketten, Ringe. Nur gutes Fabrikat. — Billigste Preise. Max Herrmann vormals Arth. Schubert Friedrich-Wilhelm-Strasse No. 6 am Königsp. 6155

Odeon-Platten Freischwinger, Wand- und Taschenuhren, Uhrenketten, Fächerketten, Wecker u. billiger R. Ketscher, Waldenburg, Kristerstr. 8.

Zur Westbäckerei empfiehlt: Kaiser-Ausgangsmehl, sowie andere Sorten Weizenmehl, Roggen, Sultaninen, Mandeln, Margarine, Palmöl, Kaffeebohnen u. u. in nur guter Qualität zu billigen Preisen. Wander-Kerzen, Karton 25 Pfg. — Christbaum-Lichter in großer Auswahl. 5% Rabatt. Grüne Marke. Joseph Pabel

Weihnachtskonfekte aller Art nur eigene Fabrikate das Pfund von 50 Pfg. bis 2.- Mark. 5978 Pfefferkuchen aus reinem Honig von 3.- Mark an mit 10% Rabatt, alle übrigen Waren bei Entnahme von 1 Pfund zu Engrospreisen empfiehlt die 1879 gegründete

Schokoladen- und Zuckerwaren-Fabrik Gustav Arnold, Gräbischerstr. 26.

Verlangen Sie Illustr. Preisliste gratis. Das schönste Weihnachtsgeschenk sind 1 Paar Pelz-Stiefel Hauptpreislagen für Herren und Damen Pelz-Schnallstiefel 12.50 15.50 16.50 Pelz-Schnürstiefel 12.50 15.50 Pelz-Schaffstiefel 15.- 18.- 21.- 24.- Ludwig Herz Breslau Blücherplatz 4. 6103 Hunjakstiefel in bekannter Güte.

Am 17. d. Mts. verschied nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, Mutter, Schwester, Schwiegertochter, Schwägerin und Tante Frau Hedwig Meyer, geb. Kupschke, im blühenden Alter von 25 Jahren 11 Monaten an Lungenleiden. Um stille Teilnahme bittet. Im Namen der Hinterbliebenen: Der trauernde Gatte Max Meyer. Beerdigung: Freitag, nachmittags 2 Uhr, vom Allerheiligen-Hospital aus nach Oswitz.

Am 17. d. Mts. verschied nach langem, schwerem Leiden an der Prostata-Krankheit die Frau unseres Kollegen Max Meyer, Frau Hedwig Meyer, geb. Kupschke, im blühenden Alter von 25 Jahren 11 Monaten. Ehre ihrem Andenken. Die Mitglieder des Zentral-Verbandes der hanzgewerblichen Arbeiter Deutschlands, Zweigverein Breslau und Umgegend. Beerdigung: Freitag, den 20. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, vom Allerheiligen-Hospital aus nach Oswitz.

Am 17. d. Mts. verschied nach langem, schwerem Leiden unser Kollege Paul Musche im Alter von 56 Jahren an Lungentuberkulose. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder des Zentral-Verbandes der hanzgewerblichen Arbeiter Deutschlands, Zweigverein Breslau und Umgegend. Beerdigung: Freitag, mittags 1 Uhr, vom Allerheiligen-Hospital aus.

50 Hausfrauen! 50 Ihre Hauswirtschaftsartikel kosten Sie, wie bekannt, am besten und billigsten bei Frau Koramann, Friedrich-Wilhelmstr. 50.